Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 6.00, monatlich 2.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 80 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 80 Pfg., auswärtige Anzeigen 90 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 23. Mittwoch, den 28. Januar 1920. 27. Jahrg.

Ein Loch im Stacheldraht.

W. A. Am 23. Dezember hat Clemenceau in der Kammer in erregten Worten gesagt, Frankreich werde mit Rußland niemals Frieden schließen. Die Entente werde Rußland mit einem Zaun von Stacheldraht umgeben halten, bis es mit dem Bolschewismus breche. Seit dieser Ansage des „Krieges bis zum Siege" ist gerade ein Monat vergangen. Aber schon ist der Stacheldraht, hinter dem die Sowjetrepublik durch die Not an Industrieprodukten und Rohstoffen zur Kapitulation gezwungen werden sollte, zerrissen. Der Oberste Rat hat zugestimmt, daß England, Frankreich und Italien wirtschaftliche Vereinbarungen mit dem großen Verband der russischen bäuerlichen Genossenschaften abschließen: die Ententeländer sollen den russischen landwirtschaftlichen Genossenschaften die Industrieprodukte, deren die russische Bauernschaft dringend bedarf, liefern und von ihnen dafür Erzeugnisse der russischen Landwirtschaft empfangen. Dieser Beschluß des Obersten Rates bedeutet die Durchbrechung der über Rußland verhängten Blockade, Verzicht der Entente auf ihr wuchtiges, furchtbares Kampfmittel gegen die Sowjetrepublik und, wenn auch noch nicht den Frieden mit Rußland, so doch den ersten Schritt zum Frieden.

Die Sowjets sind, wie wir Dienstag berichteten, vorläufig gar nicht damit zufrieden, daß die Entente nur mit den alten Genossenschaften Handel treiben wollen und fordern vor allen Dingen erst Waffenstillstand, ehe sie sich auf weiteres einlassen. Wenn sich die Entente zur Stunde auch noch dagegen sträubt, so ist doch nicht ausgeschlossen, daß sich die Dinge in Bälde ändern.

Die russischen Bauerngenossenschaften sind noch junge Organisationen. Zuerst und am kräftigsten und selbständigsten hat sich die landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung in Sibirien entwickelt. Westsibirien war vor dem Kriege von einem dichten Netz von Molkereigenossenschaften bedeckt, die die Ausfuhr der sibirischen Butter nach Europa organisierten; und an diese Molkereigenossenschaften gliederten sich auch Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften der Bauern an.

Anders entwickelten sich die landwirtschaftlichen Genossenschaften im europäischen Rußland. Die Kreditgenossenschaften, in allen Ländern die Grundlage der bäuerlichen Genossenschaftsorganisation, haben sich in Rußland nicht organisch aus der Bauernschaft selbst entwickelt, sondern sind nach der Revolution von 1905 von der staatlichen Bureaukratie geschaffen worden. Der Form nach Genossenschaften mit einer schon vor dem Kriege Millionen zählenden Mitgliedschaft, waren sie in Wirklichkeit nicht viel mehr als bureaukratisch geleitete Filialen der Staatsbank.

Selbständiger entwickelte sich ein anderer Zweig der russischen Genossenschaftsbewegung. Die geringe Entwicklung des russischen Handels hat in der russischen Bauernschaft ein sehr starkes Bedürfnis nach der Organisation des Konsums geweckt. So hat die Konsumgenossenschaft für die russische Bauernschaft größere Bedeutung erlangt, als für die Bauern anderer Länder. Vor dem Kriege haben die Semstwos, die Landschaften, bäuerliche Konsumvereine in großer Zahl gegründet; in der Zeit der Gegenrevolution haben die Sozialisten-Revolutionäre und die Trudowiki, da sie offene politische Propaganda nicht treiben konnten, diese Konsumvereine organisiert, um Einfluß auf die Bauernschaft zu erlangen. Die bäuerlichen Konsumvereine besorgten für die Bauern zunächst den Einkauf von Industrieprodukten aller Art; allmählich aber begannen sie, auch den Vertrieb der Erzeugnisse der bäuerlichen Landwirtschaft zu organisieren.

Die Revolution von 1917 beschleunigte die Entwicklung der bäuerlichen Genossenschaften. In der ersten Phase der Revolution waren sie die stärkste Stütze des rechten Flügels der Sozialisten-Revolutionäre, der äußerste rechte Flügel der „revolutionären Demokratie". Noch auf der „Demokratischen Konferenz" wenige Wochen vor dem Sturze der Regierung Kerenski waren sie es, die der Regierung gegen die Bolschewiki und die Menschewiki-Internationalisten die Mehrheit sicherten. Nach dem Siege der Bolschewiki gerieten sie in schwere Konflikte mit der Sowjetregierung, die ihre Zentrale in Moskau auflöste, ihre Bureaus sperren ließ. Als aber der achte Sowjetkongreß in Moskau im März 1919 den mißlungenen Versuch, die „Dorfarmut" gegen die Bauern zu mobilisieren, aufgab und die bolschewikische Regierung mit den „Bauern mittlerer Wohlhabenheit" ihren Frieden schloß, besserte sich das Verhältnis der Sowjetregierung zu den Genossenschaften. Die Not des russischen Dorfes an Industrieprodukten gab den bäuerlichen Konsumgenossenschaften gewaltige Bedeutung und mehrte ihre Anziehungskraft. Sie wuchsen überaus schnell und umfassen heute sicher einen sehr großen Teil des hundertmillionenköpfigen russischen Bauernvolkes.

Das sind die Organisationen, mit denen die Entente jetzt Handelsverbindungen anzuknüpfen versucht. Die Morosow und Solmenow, mit denen die englische Regierung verhandelt hat und die sich nun auch nach Paris begeben, sind nicht Bolschewiki, sondern Sozialisten-Revolutionäre. Die Ententeregierungen wollen sich noch den Anschein geben, daß sie nicht mit der Sowjetregierung selbst, sondern nur mit wirtschaftlichen, von einer demokratischen, der Sowjetdiktatur feindlichen Partei geleiteten Organisationen Beziehungen anknüpfen. Aber nicht darauf kommt es an. Wenn der russische Bauer nur überhaupt wieder die Industrieprodukte, die in Rußland nicht erzeugt werden, aus dem Ausland beziehen kann, wenn er erst wieder Sensen und Sicheln, Geräte und Maschinen, Kleidung und Schuhwerk zu kaufen bekommt, dann wird dadurch die wirtschaftliche Lage der Sowjet-Republik bedeutend verbessert und damit auch die politische Herrschaft der Sowjets bedeutend gefestigt werden. Und zugleich wird die Tatsache, daß die Entente die Blockade, die sie über Rußland verhängt hat, gerade jetzt, nach den gewaltigen Siegen der Roten Armee, aufgibt, vom ganzen russischen Volke als das verstanden werden, das sie ist: als ein großer Sieg, ein großer Triumph der Proletarierrepublik!

Die Armeen Koltschaks, Denikins und Judenitsch' sind vernichtet. Wie soll die Entente den Krieg gegen Rußland fortsetzen? Sie könnte Polen, Litauen und Lettland zum Kampf gegen die Sowjetrepublik kommandieren. Aber Litauen und Lettland sind sehr unverläßliche Vasallen; bei den letzten Kämpfen um Dünaburg sind zwei litauische Regimenter zu der Roten Armee übergegangen. Polen aber ist kriegsmüde und wirtschaftlich zerrüttet; seine Arbeiter in Stadt und Land lehnen sich gegen den gegenrevolutionären Krieg im Dienste des Ententekapitals auf; seine Patrioten zittern um die Zukunft des Landes, das, zwischen Deutschland und Rußland eingekeilt, mit beiden um so viel volksstärkeren Nachbarn zugleich sich verfeindet! So erwägt die Entente, ob es nicht doch klüger wäre, den Krieg zu beenden. In ihren eigenen Ländern, in England vor allem, drängen ja viele zum Frieden: die Arbeiter vor allem, deren Sympathien auf der Seite Rußlands stehen; die Industriellen, die den warenhungrigen russischen Markt gern mit ihren Waren speisen möchten; die Oekonomen, die begreifen, daß der Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft nicht möglich ist, solange das ganze fruchtbare, an Naturschätzen reiche Riesengebiet zwischen Minsk und Wladiwostok aus der Weltwirtschaft ausgeschlossen bleibt; die Imperialisten sogar, die mit ernster Sorge sehen, wie der Gesandte der Sowjetrepublik in Buchara mit Türken, Persern, Afghanern das Gelöbnis zum gemeinsamen Befreiungskrieg gegen britische Weltherrschaft tauscht.

So denken England und Italien an den Frieden; Frankreich muß sich fügen. Die Entente schickt drohend Kriegsschiffe ins Schwarze Meer und verheißt den vom Ansturm des Bolschewismus bedrohten jungen Republiken von Georgien, Armenien und Aserbeidschan ihren Beistand; aber zugleich knüpft sie Handelsbeziehungen mit russischen Organisationen an und verhandelt sie mit Litwinow über den Austausch der Kriegsgefangenen. So droht und wirbt man zugleich, wenn man Friedensverhandlungen vorbereitet. Und wenn zugleich die Sowjetregierung den Terror mildert, die Todesstrafe abschafft, so beweist das nicht nur, daß sie sich stark genug fühlt, die äußersten Gewaltmittel entbehren zu können, sondern wohl auch, daß sie die Stimmung im Westen für Friedensverhandlungen vorbereiten, dem Frieden geneigter machen will.

Das sind gute Vorzeichen für die Proletarier aller Länder. Denn wenn der Friede kommt, wenn die Entente den Krieg beenden muß, ohne die Proletarierdiktatur zertrümmern zu können, dann wird nicht nur der Güteraustausch mit den großen fruchtbaren Ebenen des Ostens die Not Europas lindern, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas beschleunigen und erleichtern, dann kehren nicht nur unsere Gefangenen aus Rußland zurück, dann wird auch die bloße Tatsache, daß sich die sozialistische Republik im Kampf gegen die weltbeherrschende Entente behauptet hat, die Kraft des Sozialismus in aller Welt gewaltig stärken. Die Reaktion, die sich in den letzten Monaten so stark glaubte, hat zu früh gejubelt. Eine neue Phase der großen Weltrevolution bereitet sich vor.

Zu dem Anschlag auf Erzberger

berichten Berliner Blätter: Kurz nach 2½ Uhr erschien der Minister mit Dr. Friedländer auf der Straße und ging langsam auf sein Auto zu. Die beiden Herren waren in eifrigem Gespräch und hatten nicht bemerkt, daß noch ein junger Mann, der sich bereits längere Zeit in der Nähe des Kraftwagens aufgehalten hatte, ohne daß es dem Chauffeur jedoch aufgefallen wäre, ihnen nachging. Minister Erzberger bestieg das Auto und setzte sich neben Geheimrat Hämmer. Rechtsanwalt Dr. Friedländer blieb noch einige Augenblicke auf der Bordschwelle stehen. In der Nähe des Wagens stand außerdem ein Beamter der Sicherheitspolizei in Uniform. Während der Minister und der Anwalt noch sprachen, hatte der Chauffeur den Motor angeworfen und wartete auf das Abfahrtssignal. Plötzlich näherte sich der junge Mensch, der den Minister unausgesetzt beobachtet hatte und drängte sich an den Kraftwagen heran. Er schob den Anwalt etwas zur Seite und fragte den Minister: „Sind Sie Herr Erzberger?" Der Minister befürchtet offenbar ein Attentat, er rief: „Doktor, kommen Sie herein" und versuchte die Tür des Autos zu schließen. Im selben Augenblick zog der Unbekannte jedoch auch schon einen Revolver hervor und feuerte einen Schuß auf Erzberger ab. Der Rechtsanwalt hatte an der Richtung der Waffe gesehen, daß der Lauf auf den Leib des Ministers gerichtet war. Dr. Friedländer sprang auf den Attentäter zu und wollte ihm die Waffe entreißen. Ehe ihm jedoch sein Vorhaben gelang, feuerte der junge Mann zum zweiten Mal eund Erzberger sank mit einem Schmerzlaut zurück, und rief: „Ich bin an der Schulter getroffen." Regierungsrat Hämmer sprang aus dem Auto und wollte sich nun ebenfalls auf den Schützen werfen. Dieser war jedoch von Rechtsanwalt Friedländer bereits ergriffen worden, der den jungen Menschen umschlungen hielt, um ihn zu hindern, nochmals von seiner Waffe Gebrauch zu machen. Es entstand ein Ringkampf zwischen beiden Männern, in den nun die Passanten und ein Sicherheitsbeamter eingriffen. Die Waffe, welche der Attentäter benutzte, war mit sechs Kugeln geladen. Sofort sammelte sich eine größere Anzahl von Menschen an, auch kamen eiligst Soldaten der Sicherheitspolizei herbei. Erregte Rufe ertönten aus der Menge: „Das danken wir den Reaktionären!"

*

Die Berliner Presse über das Attentat.

Das alte Spiel beginnt von neuem. Die reaktionären Hetzblätter versuchen durch allerlei schöne Redensarten davon abzulenken, daß ihre niederträchtigen Agitationsmethoden es gewesen sind, die eine Stimmung erzeugten, durch die Burschen wie dieser Attentäter Hirschfeld zu derartigen Verbrechen angereizt werden. Nach den vorliegenden telegraphischen Meldungen lehnt von den rechtsstehenden Blättern die „Deutsche Tageszeitung" das politische Attentat ebenso unbedingt ab vom sittlichen Standpunkt und deshalb auch vom politischen, weil es nach aller geschichtlichen Erfahrung auch ein zweckwidriges Kampfmittel sei. Der „Berliner Lokalanzeiger wußte zuerst davon zu berichten, daß der Attentäter einen „nicht unsympathischen Eindruck" machte. Wie hat sonst das wackere Blatt die Herren Attentäter geschmäht, wenn sie nur ein Loch in die Luft geschossen hatten, der irgendein Gottesgnadenbesitzer huldvollst gestattete, ihn zu umgeben! Aber freilich, wen einer auf einen Minister schießt, der Kapitalisten und Kriegsgewinner ordentlich besteuern will, dann ist er sympathisch! In seiner neuen Ausgabe schwingt sich das Blatt endlich dazu auf, die Tat als sinnlos zu bezeichnen.

Die nicht minder verlogene „Tägliche Rundschau" urteilte noch am 20. Januar zum Erzberger-Prozeß:

„Der kugelrunde, aber nicht kugelfeste Erzberger, der auf einem Umwege in die Verhandlungshalle gekommen ist, hat auch das nur in Begleitung von zwei Leibwächtern gewagt."

Der „Hannoversche Courier" schrieb am 6. Januar über die oben erwähnte Stuttgarter Rede:

„Wahrscheinlich weil Erzberger es nicht wagen darf, sich in Berlin und anderen großen Städten des Nordens öffentlich zu zeigen, ist er nach Stuttgart gegangen, um dort, fern vom Schuß, sein Herz von dem Alpdruck der auf ihn gehäuften Vorwürfe zu befreien."

Nun werden diese Schmierseelen wohl innerlich befriedigt sein.

Wie in anderen Blättern, so wird im „Berliner Tageblatt" die Vermutung ausgesprochen, daß dem jugendlichen Attentäter als Beispiel Graf Arco in der Münchener Affäre vorgeschwebt habe. — Die „Vossische Zeitung" wendet sich gegen die unheilvolle Verwechselung zwischen Person und politischer Tätigkeit, die im Kampfe der Meinungen gerade hier wieder an den Tag getreten sei. — In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" wird von der Hetze der seit Jahr und Tag von den Blöcken der Rechten betriebenen Opposition gegen Erzberger gesagt, sie sei mit allen Mitteln der wüstesten Agitation geführt worden. Das habe den Erfolg gezeitigt, den sie haben mußte. — Die „Germania" sagte, es sei wohl kein Zufall, daß der feige Revolverheld sich in dem Augenblicke einstellte, in dem der fanatische Sturm der politischen Gegner Erzbergers an den Worten der wirklich Wissenden zu erlahmen begonnen habe. Durch die maßlose Ueberspannung des Bogens seitens der Gegner seien Viele um so fester auf die Seite Erzbergers gedrängt. Das sei nirgends deutlicher zum Ausdruck gekommen wie in der Sitzung des Zentrum-Parteitages, wo sich auch nicht ein Mann fand, der sich mit den persönlichen Angriffen aus dem nationalistischen Lager hätte identifizieren wollen. — Der „Vorwärts" bezeichnet es als die Pflicht der Regierung, der Rechten zu zeigen, daß sie die Agitation falsch auffasse, wenn sie meine, daß der notwendig gewordene Druck ihr Spiel erleichtern könne.

Die Vernehmung des Attentäters vor dem Oberstaatsanwalt hat vorläufig keine anderen Aussagen gezeitigt. Der „Vorwärts" weist darauf hin, daß bei Beginn des Prozesses der Vorsitzende die beiden Kriminalbeamten, die Erzberger begleiteten, aus dem Saal gewiesen hatte. Erzberger soll nach seiner Verwundung zu seinem Begleiter geäußert haben: „Wenn mein Kriminalwachtmeister Kirschbaum bei mir gewesen wäre, dann wäre dies nicht passiert."

Ueber das Befinden Erzbergers wird gemeldet, daß der Fall schwerer liege als bei Haase, denn bei Haase war das Befinden zuerst verhältnismäßig sehr günstig, und erst später trat der Rückschlag ein, der seinen Tod zur Folge hatte. Bei Erzberger aber ist schon am zweiten Tage eine sehr ungünstige Wen-

dung eingetreten; und es ist jedenfalls bemerkenswert, daß die Aerzte jetzt Befürchtungen wegen der Vereiterung des Schußkanals äußern. Bei Erzberger handelt es sich um eine starke Zersplitterung des Schlüsselbeins, und es ist zu befürchten, daß alle diese Splitter Eiterungen hervorrufen können, denen man durch eine Operation bei der starken Blutgeschwulst nicht beikommen kann. Dienstag abend hat sich der Zustand verschlimmert. Sollte das Leben Erzbergers wirklich in Gefahr geraten, so wäre das die äußerst bedauernswerte Folge nicht nur der Untat jenes teutschwütigen Fahnenjunkers, sondern auch der von der Reaktion planmäßig erregten Pogromstimmung gegen den Verwundeten.

Wofür Entschädigung?

Der „Vorwärts" wendet sich in einem Artikel unter der Ueberschrift „Wilhelms Geburtstagsgeschenk" scharf gegen die Absicht einer Entschädigung Wilhelms II. nach der Richtung, daß er nicht nur einen Teil seiner zahlreichen Schlösser und Güter und seine sämtlichen Industrieaktien, Obligationen, Hypotheken usw. behalten solle, sondern auch noch eine Entschädigung für denjenigen Privatbesitz erhält, der an den Staat übergeht, und außerdem noch eine Ablösung von 100 Millionen für die Kronen-Fideikommißrenten. Diese 100 Millionen sollen außerdem noch vollkommen steuerfrei und auch vom Reichsnotopfer befreit sein. — Der Plan zu diesem „Ausgleich" mit dem Exkaiser konnte nur dem Gehirn eines verkappten Feundes des Deserteurs von Amerongen entstammen. Ein solches Entgegenkommen gegenüber Wilhelm II. wäre einfach ein Skandal. Daß das Geschlecht des ehemaligen Burggrafen von Nürnberg sich wie andere seinesgleichen, als es etwas zu ramschen gab, tüchtig „herangehalten" hat, ist doch wahrhaftig kein Grund, dem „hochedlen" Nachfahren den größten Teil der Beute über die Grenze nachzusenden.

Zur Abfindung der Hohenzollern wird noch weiter mitgeteilt: Grundsatz zur Beurteilung der Auseinandersetzung wird für die Regierung der § 153 der Verfassung sein, der die Unverletzlichkeit des Privateigentums garantiert. Die einmalige Entschädigung in Höhe von 100 Millionen Mark soll nicht in Form direkter Zahlungen, sondern in Ablösung der Reichs- und Staatssteuern gewährt werden. Das Gesamtobjekt wird auf 800—1000 Millionen geschätzt. Von Schlössern verbleiben dem früheren Königshause das Palais des alten Kaisers in Berlin, Bellevue, Babelsberg, Satrow, dann die Burg Hohenzollern, zwei Jagdschlösser, Schloß Stolzenfels a. Rhein und eine Reihe von Grundstücken in Berlin, Potsdam, Plön, Kiel und alle anderen Besitzungen von Mitgliedern des Königshauses. Dagegen übernimmt der Staat die meisten Schlösser in Berlin, das Potsdamer Stadtschloß, Sanssouci, das Marmorpalais in Potsdam, die Schlösser in den Residenzstädten und eine Reihe von Jagdschlössern. Dem früheren König wird auf Lebenszeit Schloß Homburg und dem Kronprinzen Schloß Cäcilienhof bei Potsdam zur Verfügung gestellt. Die Kroneninsignien gehen in den Besitz des Staates über; die Kronjuwelen behält die Familie Hohenzollern.

Wie wäre es, wenn das deutsche Volk in Anbetracht des gewaltigen Schadens, der ihm durch die Regierungsgewalt des Exkaisers erwachsen ist, eine Gegenrechnung aufmachte?

Im Helfferich-Prozeß

sollte am Dienstag weiter verhandelt werden. Zunächst beabsichtigte man den Fall der „Ostrope" zu verhandeln. Rechtsanwalt Dr. Alsberg führte aus, er zweifle nicht an einer Aufklärung dieses Falles. Es handle sich wohl um eine ganz tolle Mystifikation. Helfferich erklärte, es widerstrebe ihm auf das tiefste, zum Fall Berger schwere Anklagen gegen einen Mann zu erheben, der nicht anwesend sei, und er, wenn er wieder erscheine, sich in geschwächtem Geisteszustand befinde. Es wurde dann beschlossen, am Freitag über den Fall „Ostrope" zu verhandeln. Es handelt sich dabei um die osteuropäische Handelsgesellschaft, bei deren Eintragung ins Handelsregister Erzberger als Beirat bezeichnet worden war. Erzberger hat am Montag erklärt, hiervon nicht das geringste zu wissen. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß infolge des Attentats bei Wiedererscheinen Erzbergers alle Anwesenden auf Waffen untersucht werden müßten. Der Oberstaatsanwalt teilte mit, daß der Attentäter nach seiner eigenen Aussage sich ohne Karte im Zuhörerraum aufgehalten habe. Die Verhandlung wurde sodann auf Freitag vertagt.

Ungehemmter Gefangenentransport.

Die Reichs-Zentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Am 27. Januar ist der Landabtransport der linksrheinisch beheimateten deutschen Gefangenen, die in der französischen Kampfzone untergebracht waren, beendet.

Der Abtransport der Gefangenen, die im unbesetzten Deutschland zu Hause sind, hat am 25. Januar auf Linie 1 (Aachen—Köln—Düsseldorf) mit täglich drei Zügen bereits eingesetzt. Im ganzen waren 28 Züge erforderlich, um die linksrheinischen Gefangenen aus der Kampfzone in ihre Heimat zu bringen.

Der Dampfer Rügen, der am 23. Januar Rouen mit 550 Kriegsgefangenen verlassen hat, traf Montag in Kuxhaven ein. Von französischer Seite scheint alles zu geschehen, um den Abtransportplan ohne Stockung durchzuführen.

Im besetzten Gebiet haben die Besatzungsbehörden aufs neue eine Verfügung erlassen, die jede öffentliche Begrüßung der heimkehrenden Kriegsgefangenen verbietet. Untersagt sind Zurufe, Zuwinken, Blumenwerfen, Ansprachen usw. sowohl während des Eisenbahntransportes als auch während des Marsches der Heimkehrenden durch die Ortschaften. Für etwaige Kundgebungen von Kindern werden die Lehrer verantwortlich gemacht.

Wer ist schuld am Zusammenbruch?

In einer sozialdemokratischen Versammlung in Magdeburg machte Abg. Landsberg eine aufsehenerregende Mitteilung aus der Vorgeschichte des Friedens. Er berichtete, daß die von deutschnationaler Seite verbreitete Darstellung, die Revolution haben den militärischen Zusammenbruch verschuldet, schon deshalb unwahr sei, da bereits am 5. November ein Delegierter der alten Regierung zu dem Gegner entsandt worden sei, um die Uebergabe des gesamten Heeres und des Volkes anzubieten, da die Antwort Lansings auf das deutsche Ersuchen um sofortigen Waffenstillstand auf sich warten ließ. Gleich nach der Abreise des Kuriers sei die Antwort Lansings eingetroffen und der Delegierte konnte noch rechtzeitig zurückgerufen werden.

Skandinavischer Kredit an deutsche Gewerkschaften.

Das „Hamburger Fremdenblatt" läßt sich aus Berlin berichten: Ein schwedisches Kreditinstitut ist an die Führer der deutschen Gewerkschaften mit Kreditvorschlägen herangetreten, die zur Gründung einer Deutschen Oekonomie-Gesellschaft m. b. H. geführt haben. Dieser Gesellschaft werden große Kredite zum Einkauf von Rohstoffen, Lebensmitteln usw. zur Verfügung gestellt. Dadurch soll namentlich der an Arbeitslosigkeit noch immer stark leidenden Textilindustrie Arbeitsgelegenheit verschafft werden. Deutscherseits gehört der Gesellschaft an als Vertreter der Arbeitnehmer Karl Legien und als Vertreter der Arbeitgeber der Syndikus der sächsischen Textilindustrie Dr. Roltsch (Chemnitz). Ferner gehört der Gesellschaft der Bankdirektor Olof Aschberg (Stockholm) an, der die dritte Kredittransaktionen vermittelt. Dieses Kreditabkommen mit Skandinavien bildet eine Ausgestaltung des vor einigen Wochen zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde und den skandinavischen Gewerkschaften abgeschlossenen ersten Kreditabkommens von mehreren Millionen.

Die Arbeitskonferenz.

Aus Paris wird gemeldet: In der zweiten Sitzung des Verwaltungsrates des internationalen Arbeitsamtes wurden die Protokolle über die Verhandlungen in Washington genehmigt. Der Rat behandelte alsdann die Frage, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um den in Washington vor der Ratifizierung des Vertrages von Versailles angenommenen Resolutionen Folge zu geben. Mehrere Delegierte, darunter Vertreter der Arbeitgeber Frankreichs und Belgiens, formulierten gewisse Reserven und betonten, daß die Kompetenz der Parlamente erhalten bleiben müsse. Der französische Arbeitervertreter Jouhaux antwortete, daß nach Ansicht der Arbeiter das internationale Arbeitsamt als eine Art wirtschaftlichen Parlaments höheren Grades angesehen werden müsse, dessen Beschlüsse kurzerhand von den Staaten ratifiziert werden müßten. Es wurde schließlich beschlossen, dem Völkerbund die Aufgabe zu überlassen, Entschließungen der Konferenz nach dem Friedensvertrag von Versailles zur Anwendung bringen zu lassen. Hierauf wurde Albert Thomas einstimmig zum Direktor des Arbeitsamtes ernannt.

Der Völkerbund.

Der Völkerbund begann, wie aus London berichtet wird, am Montag seine praktische Arbeit. Zum erstenmal nahmen deutsche Delegierte an den Beratungen teil. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, der im Rahmen des Völkerbundes geschaffen worden ist, wird zusammentreten, um die formalen Arbeiten, die sich aus der ersten Konferenz in Washington ergeben, zu behandeln und zu erwägen, wie den Beschlüssen, die bezüglich des Achtstundentages, der Nachtarbeit von Frauen und Kindern in Fabriken, der Arbeitslosigkeit, des Wöchnerinnenschutzes und der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren gefaßt worden sind, praktische Gestalt gegeben werden soll. Der Verwaltungsrat steht unter dem Vorsitz des früheren französischen Munitionsministers und Sozialistenführers Albert Thomas und setzt sich zusammen aus Vertretern der Regierungen von Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Kanada, Spanien, der Schweiz, Dänemark, Argentinien, Japan, Polen und Deutschland. Er umfaßt ferner Vertreter der Arbeitgeber von Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, der Tschechoslowakei und der Schweiz und Arbeiterdelegierte von Frankreich, Holland, Großbritannien, Schweden, Kanada und Deutschland.

Die Verteilung der Beute.

Aus Paris wird gemeldet: Am Montagnachmittag fand die Fortsetzung der ersten Botschafterkonferenz statt. Sie bewilligte die aufgestellte Verteilung der deutschen Kriegsschiffe. Unter diesen Schiffen befinden sich solche, die zerstört werden sollen, ohne daß ein Termin dafür festgesetzt wurde. Die anderen dürfen bestehen bleiben, unter diesen besonders diejenigen, die Frankreich und Italien zugestanden wurden. Eine dritte Kategorie ist zu Polizeidiensten für Polen, Rumänien und andere Mächte bestimmt. Es entstand eine längere Debatte über die Frankreich zugesprochenen 5 Kreuzer und 10 Zerstörer, da die Lieferung dieser Einheiten den französischen Admiralstab nicht befriedigt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine deutsche Note an die Entente.

Der französischen Regierung ist eine deutsche Note übergeben worden, in der die deutsche Regierung die Entente ersucht, auf die Forderung der Auslieferung deutscher Persönlichkeiten zu verzichten.

Der Geburtstag des Deserteurs.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Demonstriert wurde nur durch ein paar Lehrerinnen, die am Denkmal des Vaters von Wilhelm dem Letzten einen übrigens recht schäbigen Kranz niederlegten. Ach sonst haben sich einige Vereine wichtig getan, aber kaum einige hundert Mann aufgebracht, die sich mit ein paar schwarz-weiß-roten Wimpeln in der Siegesallee und im Tiergarten herumtrieben. Die von der Regierung im großen Umfange vorgesehenen Absperrungs- und Sicherheitsmaßnahmen gegen irgendwelche hurrapatriotische Umzüge und dergleichen erwiesen sich als unnötig, denn die Ruhe wurde nirgends gestört.

Politische Verleumdungen.

Wie dem „Vorwärts" mitgeteilt wird, stellte die Staatsanwaltschaft wegen der schleswig-holsteinischen Geländeschiebungen fest, daß mit grenzenloser Gewissenlosigkeit die Aeußerungen Scheidemanns und anderer Personen gefälscht worden seien. Rodien, der diese Fälschungen zugegeben habe, sei auf Grund eines Antrages Scheidemanns in Haft genommen. — Auch diese Verleumdungen kennzeichnen den hohen Grad moralischer Verwilderung, den der politische Kampf gewisser Kreise gegen die Regierung seit langem erreicht hat. Die reaktionäre Presse war mit dem üblichen Jubelgeheul über die Angaben des Verhafteten hergefallen, um sie gegen eine Reihe ihr politisch mißliebiger Personen in bekannter Manier auszuschlachten. Die Herrschaften haben aber, wie man sieht, mit ihrem elenden Handwerk wieder kein Glück gehabt.

Die Münzsilberfrage.

Aus einer Sitzung, die über die Münzsilberfrage im Reichswirtschaftsministerium stattgefunden hat, erfährt die „Frankfurter Zeitung", daß Silber unter die lebensnotwendigen Waren versetzt worden ist, auf deren unbefugte Ausfuhr erhöhte Strafen gesetzt worden sind. In Verbindung mit der allgemein eingeleiteten Wiederherstellung der Zuverlässigkeit unserer Grenzkontrolle erhofft man davon eine allmähliche Wirkung auf die privaten Aufkäufer im Inlande. Deren Tätigkeit wird, so meint man, auch darin eine Grenze finden, daß der Bedarf der deutschen Silberwarenindustrie seine Grenzen habe und pro Jahr nur eine vergleichsweise geringe Anzahl von Kilogrammen betrage. Man schätzt den sogenannten Umlauf auf noch immer mehr als eine halbe Milliarde Mark gleich etwa 2½ Millionen Kilogramm. Es wurde dem Vernehmen nach auch beschlossen, den von der Reichsbank gebotenen Preis von 6,50 Mark für eine Mark, der sich unter Berücksichtigung der Untergewichte mancher Stücke auf durchschnittlich 7,— Mark für die Bank ausrechnet, nicht zu erhöhen.

Sachsens Forderungen bei der Verkehrsreform.

Die Feststellung der Entschädigungssumme für die Uebernahme der sächsischen Eisenbahnen durch das Reich wird überaus erschwert durch das gewaltige Defizit, das die einzelstaatlichen Eisenbahnen während des Krieges und besonders in der letzten Zeit erlitten haben. Die Vertreter des Freistaates Sachsen haben jedenfalls bei den Berliner Verhandlungen die Uebernahme der gesamten Staatsschulden durch das Reich als Mindestforderung bezeichnet.

Gegen die Schließung der Eisenbahnwerkstätten

nahm in Bremen eine stark besuchte Eisenbahnerversammlung Stellung. Ein Referent betonte, daß das Vorgehen der Eisenbahnverwaltung mehr eine Machtprobe der Geheimräte sei. In der Aussprache wandte man sich gegen die Einführung des Achtstundentages und des Akkordsystems. Dem Hauptvorstande in Berlin warf man Verrat an den Arbeitern vor. Es wurden zwei Anträge einstimmig angenommen: 1. Die Eisenbahnarbeiter verharren so lange im Ausstand, bis alle Arbeiter wieder eingestellt sind. 2. Die ausgesperrten Arbeiter stellen das Verlangen an den Hauptvorstand, sofort die Gesamtaktion in die Wege zu leiten. Nach dem „B. T." laufen aus der Provinz recht bedrohliche Nachrichten ein.

Kleine politische Nachrichten.

Dem österreichischen Staatssekretär für die Finanzen ist es gelungen, bei der englischen Regierung die Bewilligung einer Anleihe von einer Million Kronen zur Rohstoffbeschaffung für die Industrie durchzusetzen. — Eine große Zahl westungarischer Gemeinden verlangt die schnellste Durchführung des Anschlusses an Oesterreich.

Ungarn soll von italienischen Banken eine Anleihe von 2 Milliarden Lire erhalten.

Das schweizerische Politische Departement hat die Ausweisung des Dr. Helphand-Parvus aus dem Gebiet der Eidgenossenschaft beschlossen.

Bei den Unruhen in Daudah (Aegypten) wurden vier englische Soldaten von den Manifestanten verwundet, 20 Aegypter getötet und 55 verwundet.

Die Entente hat beschlossen, eine Kommission nach Deutsch-Westungarn zu entsenden, und zwar infolge der lebhaften Vorstellungen, welche die deutsch-österreichische Vertretung in Paris gegen den magyarischen Terror in diesem Gebiete erhoben hat.

Der deutsch-belgische Vertrag über die Einlösung der in Belgien vorhandenen Markbeträge wird der Nationalversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet werden.

Frankreich.

Drei Arbeiter im Kabinett Millerand.

„Petit Parisien" veröffentlicht biographische Mitteilungen über den neuen Unterstaatssekretär des technischen Unterrichts, Pierre Coupat. Er wurde 1860 in Saint Etienne (Departement du Loire) geboren, und trat schon 1878 in die Mechanikergewerkschaft ein. Seit dieser Zeit hat Coupat eine große Rolle in der Arbeiterbewegung gespielt und war seit 1901 Generalsekretär des Verbandes der französischen Mechanikergewerkschaften. Auch der Abgeordnete Emanuel Brousse, der neue Unterstaatssekretär der Finanzen, ist früher Arbeiter, und zwar Schriftsetzer, gewesen. Das gleiche gilt für den neuen Unterstaatssekretär der Wasserkräfte, Antoine Borrel, der ebenfalls Schriftsetzer war, bis er im März 1909 als sozialistischer Republikaner zum Abgeordneten gewählt wurde.

Englischer Abschiedsbrief an die Unabhängigen.

Auf ihrem Leipziger Parteitag hatten die Unabhängigen den bedingten Anschluß an Moskau beschlossen; zuvor wollten sie jedoch mit dem revolutionären Proletariat der Weststaaten Fühlung nehmen, um auch dieses für die dritte Internationale zu gewinnen. Crispien, der Vorsitzende der U. S. P., wandte sich daher auftragsgemäß an die linksradikale Sozialistenpartei, die British Socialist Party, mit dem Ersuchen, an einer von Crispien vorgeschlagenen Konferenz teilzunehmen, die die Aufrichtung der dritten Internationale zum Ziel hat. Die englische Wochenschrift „The Call", das Organ der linksradikalen British Socialist Party, veröffentlicht daraufhin folgende Antwort an Crispien:

Lieber Genosse!

Ich bin vom Parteivorstand der British Socialist Party („B. S. P.") beauftragt worden, Ihnen für Ihren Brief vom 15. Dezember und für die beiliegenden Exemplare Ihres neuen Programms zu danken. In Beantwortung Ihrer Aufforderung, an einer Konferenz zwischen der dritten Internationale und den anderen revolutionären Parteien teilzunehmen, bin ich beauftragt, Ihnen zu sagen, daß nach Meinung der B. S. P. die dritte Internationale bereits alle Parteien und wirklich revolutionären Gruppen der internationalen sozialistischen Bewegung einschließt. Die B. S. P. selber ist jedoch Mitglied der dritten Internationale, ebenso wie die anderen linkssozialistischen Gruppen dieses Landes, mit denen wir hoffen, uns bald in einer kommunistischen Partei vereinigen zu können; und unseres Erachtens sind die Parteien oder Gruppen, welche noch zögern, sich an die dritte Internationale anzuschließen, entweder Gegenrevolutionäre oder es fehlt ihnen an Mut, für ihre sozialistischen Ueberzeugungen einzutreten. Infolgedessen muß die B. S. P. es ablehnen, an der von Ihnen vorgeschlagenen Konferenz teilzunehmen, und sie erlaubt sich, Ihnen zu raten, späterhin entsprechend der letzten Klausel Ihres neuen Programms zu handeln, wonach Sie der dritten Internationale beitreten werden, falls die Konferenz, an der Sie uns auffordern teilzunehmen, scheitern sollte.

Mit den brüderlichen Grüßen des Parteivorstandes der British Socialist Party gez. Albert Inkpin, Sekretär."

So holen sich die alles besser wissenden Unabhängigen einen Korb nach dem anderen: Däumig wird bekanntlich von Lenin als „Spießbürger" bezeichnet, der infolge seines „Byzantinismus", seiner „knechtischen Unterwürfigkeit", seiner „Feigheit vor der Masse" keinen Heller wert ist. Erinnert dieses Bild nicht stark an den schweifwedelnden Hund?

Aus dem Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 28. Januar.

Heil Dir . . .

Lebensmittelnachricht: Steckrüben sind eingetroffen.

Heil Dir im Siegerkranz,
Retter des Vaterlands,
Kohlrübe du!
O edler Rübenschwanz,
fühle die Wonne ganz,
Liebling des Volks zu sein.
Heil, Rübe, Dir!

Kein Kommunalverband
erlöst das Vaterland
von deiner Huld,
Halb Wasser und halb Holz,
bist du der Junker Stolz,
all ihrer Weisheit Schluß
und ihr Verdienst!

Paulchen.

Die Tragik der Republik.

Ein Aufschrei der Erlösung ging, so schreibt das „Hamb. Echo", durch die Reihen der freiheitlich gesitteten Menschen, als der Sturmwind der Revolution die reaktionären Machenschaften und die Polizeifesseln des alten Obrigkeitsstaates hinwegfegte. **Die politische Gleichheit erstand für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts** und diese sollte ihre Niederschläge auch folgerungsgemäß in weit größerer Freiheit persönlicher und wirtschaftlicher Natur für das Einzelindividuum äußern. Eine schrille Dissonanz muß Theorien mit vorhandenen Tatsachen realisieren und statt der ersehnten Freiheiten ist die Republik gezwungen, zu ihrem Schutze gegen Uebeltäter aller Art Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Die Tatsache, daß vielfach gesetzgebende Körperschaften nur unter dem Schutze von Militär und Polizei tagen können, charakterisiert zur Genüge den **Unverstand** und die **politische Unreife** von in weltlicher Abgeschiedenheit erzogenen Volksgenossen.

Die Gegner von Volksfreiheit jubilieren über das Fiasko der „Hetzer" und der Ideologen. Sie haben kein Recht dazu. Wahr ist einzig und allein, daß die Atmosphäre, in der die Republik Deutschland entstanden ist, ihren **reaktionären Anschauungen günstiger als den freiheitlichen der Fortschrittsanhänger war.** Gräbt man aber nach den Ursachen, die die Wirkung einer solchen Atmosphäre ausgelöst haben, dann wendet sich das Blättchen. Nicht unschuldig sind die Massen des Volkes zum Teil selber an diesen Zuständen, da sie nur allzu leicht ohne jeglichen Halt **den Phraseuren und Demagogen zur Befriedigung ihrer selbstsüchtigen Pläne anheim fallen.** Aber die Hauptschuld trifft doch diejenigen, die das Volk zur **Gedankenlosigkeit erzogen** und als letzten Ausfluß des von ihnen vertretenen Wirtschaftssystems in ein **ungeheures Chaos von Elend und Unmoral** hineingestoßen haben. Ohne Uebertreibung kann gesagt werden, wäre das, was im November 1918 wurde, im Jahre 1914 geworden, das Gros des deutschen Volkes hätte diesen Riesenfortschritt der politischen und wirtschaftlichen Freiheit mit einem einheitlichen Freudenschrei begrüßt, den weder die Gewalttheoretiker von links noch von rechts zu erschüttern vermocht hätten. **Erst der Krieg mit seinen unheilvollen Begleiterscheinungen vermochte diese Atmosphäre herbeizuführen, die von den Reaktionären als Fiasko der Revolution verschrien wird.** Hunger, Not und Jammer ohne Grenzen haben das Volk seelisch und körperlich bis in die Grundtiefen erschüttert, Wucher, Kriegsgewinn, luxuriöse Auswüchse bis zur raffiniertesten Genußsucht auf der anderen Seite haben der Moral im Volke jeglichen sittlichen Halt geraubt. Ist doch schon die Ernährungsweise eines Volkes allein geeignet, dessen Kulturhöhe bestimmend zu beeinflussen, ganz abgesehen von all den übrigen Umständen, die das Kulturniveau des deutschen Volkes auf die niederste Stufe herabdrücken mußten. Der Massenmord, der in allen Variationen von den Kriegshetzern besungen wurde und der drakonisch militärische Umgang mit Menschen, der die Psyche fast der ganzen männlichen Bevölkerung aufs unheilvollste beeinflußte, alle diese Dinge haben zusammengewirkt, um Fremdkörper in den Volkscharakter hineinzutragen, die von jedem aufrichtigen Menschenfreund im Interesse des ganzen Volkes bedauert und verurteilt werden.

Die Anbeter der alten Gewalten und ihre Stützen von links, die das Volk betrügen und aufhetzen, haben für das Empfinden und das Wohl des Volkes kein Verständnis.

Die Metallarbeiter gegen die Linksradikalen.

In einer am Montag abend im Gewerkschaftshaus tagenden stark besuchten Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde Bericht erstattet von der am 11. und 12. Januar stattgefundenen Bezirkskonferenz in Hamburg. Auf dieser Konferenz kam es bekanntlich zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern des jetzigen Vorstandes und der Opposition. Es handelte sich darum, ob die Hamburger Mandate der Opposition oder der „Unabhängigen" gültig seien. Mit über Zweidrittel-Mehrheit entschied sich die Konferenz für ersteres. Das paßte der kleinen Minderheit, den „Radikalen" nicht, sie verließen die Konferenz. Von 71 Delegierten blieben 49 da und tagten ruhig weiter, obgleich der Vertreter des Vorstandes, Dißmann, durchblicken ließ, daß alles das, was diese Delegierten beschließen, der Vorstand für null und nichtig erklären würde. Und wirklich hat der Vorstand dieses fertig gebracht, weil die kleine Minderheit sich den Beschlüssen der Mehrheit nicht fügen wollte, hat er zum Sonntag, dem 1. Februar eine neue Konferenz mit derselben Tagesordnung nach Hamburg einberufen. — Lübeck hatte 3 Delegierte gestellt, einer davon gehörte zu den „Unabhängigen". Die Aussprache in der Mitgliederversammlung bewies, welche Empörung unter den Lübecker Metallarbeitern herrscht, ob dem Benehmen dieser Ueberradikalen. Die Quittung erhielten sie aber bei der Wahl der drei Delegierten. Die zwei Delegierten, die die Konferenz nicht verlassen hatten, wurden mit übergroßer Mehrheit wiedergewählt, und dazu noch ein Delegierter der M. S. P. Der „Unabhängige", der damals eigensinnigerweise die Konferenz verließ, blieb auf der Strecke. Das Resultat der Wahl wurde von der Versammlung mit starkem Beifall und Händeklatschen aufgenommen. Diese schallende Ohrfeige haben die „Unabhängigen" und auch der Vorstand redlich verdient. Die Versammlung hat hier bewiesen, daß ebenso wie in der sozialdemokratischen Partei, auch bei den Lübecker Metallarbeitern kein Resonanzboden für die „Unabhängigen" und Phrasenhelden ist. Es wurde auch noch eine Resolution angenommen, die ein **Mißtrauensvotum für den Vorstand ausspricht und die jetzige Schreibweise der „Metallarbeiter-Zeitung" scharf verurteilt.** Wenn die Lübecker Metallarbeiter immer so auf dem Posten sind, wie am Montag, dann werden diese „Unabhängigen", Kommunisten und sonstigen Maulhelden, die man vor der Revolution überhaupt nicht kannte, mit ihren Phrasen und ihrer sonstigen Weisheit bald einpacken und wir kehren wieder zu unserer bewährten Gewerkschaftspolitik, die uns vorwärts gebracht hat, zurück.

Keine Lohnkürzung der Landarbeiter für die Reise zum Abstimmungsgebiet. Der Reichs-Bauern- und Landarbeiterrat hat sich in seiner letzten Sitzung am 13. Januar einstimmig dafür ausgesprochen, daß von den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebern gegenüber Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten, welche in den Abstimmungsgebieten Ostdeutschlands Schleswig-Holsteins geboren sind und sich zur Stimmabgabe in ihre Geburtsheimat begeben, für diese Zeit **keinerlei Lohnabzüge und Deputatkürzungen vorgenommen werden.** Er bittet mit Beschleunigung darauf hinzuweisen, daß dementsprechend von den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebern verfahren wird.

Zu den hohen Fischpreisen hat auch die „Eisenbahn-Zeitung" Stellung genommen. Sie hält unsere Forderungen auf Uebernahme der Fischereibewirtschaftung durch den lübeckischen Staat nicht für durchführbar und zweckentsprechend. Von einem Blatte, das stets für den freien Handel eintrat, der bisher nur eine Schröpfung der Verbraucher mit sich brachte, ist dieser Standpunkt nicht verwunderlich. Bezeichnend ist es aber, daß sie ihre eigenen Vorschläge auch nicht für realisierbar hält. Die freie Vereinbarung zwischen Staat und Fischer auf Lieferung von Fischen, die das Blatt dann fordert und als einzigen Weg ansieht, wird „weiße Salbe" bleiben. Die Stellungnahme der „Eisenbahn-Zeitung" läuft darauf hinaus: „Es bleibt alles beim alten". Wir müssen unsere Forderung wiederholen und erwarten vom Staat, daß er unverzüglich eingreift.

Eine Kaisergeburtstagsfeier der deutschnationalen Jugend fand nach den „Lübeckischen Anzeigen" im Marmorsaal statt. Herr General v. Morgen sprach u. a. von dem Friedensschanddokument, das uns die Wahnsinnspolitik der Alldeutschen aufgebürdet hat. Er sagte: „Nicht der Kaiser hätte sein Volk verlassen, sondern das Volk habe ihn verlassen." Wir glauben, daß beides richtig ist: der Kaiser hat sein Volk verlassen nud das Volk den Kaiser. Herr Pastor Pautke, der ebenfalls redete, wollte dem Kaiser „die Treue halten und auch heute seiner so stark gedenken, daß die seelischen Schwingungen sich ihm mitteilten als Grüße getreuer Jungmannen und Jungfrauen Lübecks". Mehr kann man nicht verlangen. Der Patriotismus schlägt Purzelbäume wie zuvor. Und das alles, obgleich der Kaiser in seinem Briefe erklärte, daß er Deutschland nie wiedersehen wolle. O du selige, patriotisch besoffene deutschnationale Jugend.

Silberankauf. Alle Postanstalten, einschließlich der Posthilfsstellen, und alle Landbriefträger sind angewiesen, den Ankauf der deutschen Silbermünzen für die Reichsbank zu vermitteln. Sie lösen die Stücke zu den gleichen Preisen ein, wie die Reichsbank selbst.

Fahrpreisermäßigung für schwerbeschädigte Kriegsteilnehmer mit Begleitung. Der Begleiter eines Kriegsbeschädigten, der infolge Verletzung oder dauernder Schädigung der Gesundheit bei Reisen ständig eines Begleiters bedarf, wird während der Begleitung bei allen Reisen des Kriegsbeschädigten frei befördert, wenn er lediglich zur Begleitung mitreist. Es sind ähnliche Ausweise wie für erblindete Kriegsteilnehmer erforderlich, die von den Eisenbahndirektionen ausgegeben werden.

Sonderzüge ins Abstimmungsgebiet. Die Eisenbahndirektion Altona teilt mit, daß sie zur Beförderung der Abstimmungsberechtigten nach dem ersten Austirmungsabschnitt Nord-Schleswigs und zurück eine größere Anzahl Sonderzüge einlegen wird und zwar für die Hinfahrt von Hamburg und Kiel am 7., 8. und 9. Februar und von Lübeck am 9. Februar; für die Rückfahrt nach Hamburg und Kiel am 11., 12. und 13. Februar und nach Lübeck am 11. Februar. Die Sonderzüge von und nach Hamburg und Kiel fahren getrennt nach den Richtungen Sonderburg—Apenrade, Hadersleben und Sommerstedt und bieten innerhalb des Abstimmungsgebietes Anschluß nach und von allen Seitenlinien.

Den Preis für Pacht-Kartoffelland hat der Bauern- und Landarbeiterrat wie folgt festgesetzt. 1. mit Stalldung gedüngtes Kartoffelland, wo seitens des Pächters keine Gegenleistungen verlangt werden, pro Quadratrute bis zu 3 Mk., für ungedüngtes Land pro Quadratrute bis zu 1,50 Mk. 2. mit Stalldung gedüngtes Kartoffelland, wo die Pächter zu Gegenleistungen verpflichtet sind, pro Quadratrute bis zu 2 Mk., für ungedüngtes Land pro Quadratrute bis zu 1 Mk. Wo Land zu höheren Preisen bereits verpachtet ist, sind die Preise entsprechend herabzusetzen. Diese Preise kommen nur für landwirtschaftliche Betriebe in Frage, nicht für Gärtnereibetriebe.

Volkshochschule. Infolge der veränderten Gasabgabezeiten kann der Unterricht wieder in vollem Umfange erteilt werden. Es gelten demnach von Donnerstag, 29. Januar an die im Unterrichtsplan abgedruckten Zeiten (5,30—7,20 und 7,30— 9,20). Bei einer etwaigen Verkürzung der Gasabgabezeiten tritt automatisch auch eine Verkürzung der Unterrichtszeiten wieder ein.

Karl Schönherrs „Weibsteufel" wurde am Dienstag im Hansa-Theater von Mitgliedern des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg aufgeführt, die das ans Herz greifende Werk des österreichischen Dichters an derselben Stelle vor Jahresfrist wiedergaben. Wir konnten uns wieder Bühnengestalten erfreuen, deren große Künstlerseelen vom ersten bis zum letzten Augenblick den Hörer und Schauer mitrissen. Das um sein Naturrecht gebrachte, bis zu sinnverwirrender Siedehitze aufgepeitschte Weib der Julie Serda war eine Gabe, die kaum noch lebenswahrer dargereicht werden kann. Ihr Sehnen, Verlangen, Verwünschen brach aus einer zermarterten Brust in voller Lebenstreue hervor, wurde reines Erleben eines naturbegnadeten Rasseweibes. Urwüchsig, seelenzerfressen wurde auch der Mann von Hermann Wlach dargestellt, die niedrige Schmugglernatur bis auf den Grund ausgeschöpft. Nicht minder aus dem vollen Bronnen seines Könnens schöpfte Max Mentor seinen Grenzjäger. Sein Kampf zwischen Liebe und Pflicht wurde mit Bravour ausgekämpft. Das sehr gut besuchte Haus dankte durch vielfach erneuerten Beifall für den hohen Genuß, den die Hamburger Gäste so tiefergreifend spendeten.

Festgenommen wurde ein in der Großen Altenfähre wohnhaftes Büffetfräulein, das seinem Arbeitgeber verschiedene Wirtschaftsgegenstände von namhaftem Werte gestohlen hat. — Wegen Urkundenfälschung und Betruges wurde ein Krankenwärter von hier festgenommen. Derselbe hatte unter Vorlegung einer von ihm gefälschten Anstellungsurkunde seinem zukünftigen Schwiegervater zur Hergabe einer Kaution von 2000 Mk. zu veranlassen gewußt. Dieses Geld hat aber der wenig zu empfehlende Schwiegersohn hindurchgebracht.

Abhanden gekommen und vermutlich gestohlen ist einem in Siems wohnhaften Händler ein grün gestrichener Handblockwagen, an dem beide Schotte fehlen.

Diebstahl. In der Nacht zum 27. ds. Mts. ist auf einem Granitwerk am Kanal ein 9 Meter langer und 18 Zentimeter breiter Treibriemen gestohlen worden.

*

Travemünde. Volkshochschulkurse. In einer überaus gut besuchten Volksversammlung hielt Herr Lehrer Kleibömer einen interessanten Vortrag über die Errichtung von Volkshochschulkursen in Travemünde. Für den ersten Unterrichtsabschnitt sind vorläufig folgende Kurse eingerichtet: Englisch: Herr Rektor Zäuner. 2. Biologie (Lebenskunde): Dr. med. Rehder. 3. Deutsch (Sprachlehre): Frl. Maier, Lehrerin. 4. Deutsch (Uebung im schriftlichen Ausdruck): Bureauvorsteher Lehnitz. 5. Literatur (Vortragsreihe v. Goethe): Lehrer Kleibömer. 6. Stenographie (Stolze-Schrei): Lehrer Bauche. 7. Mathematik: Frl. Star, Lehrerin. 8. Niederdeutsch: Herr Lehrer Nehlsen. Die Einzeichnungslisten liegen noch bis Sonnabend in der Behörde für Travemünde aus. In der Debatte führte Herr Hagelstein an, ~~daß es~~ sehr erwünscht wäre, die Unterrichtsstunden um einige Stunden früher am Tage zu verlegen, damit auch versuchsweise die jungen Leute an den Kursen teilnehmen können. Das Beleggeld beträgt ebenso wie in Lübeck 5 Mark.

Angrenzende Gebiete.

Rensefeld. Gemeinderatssitzung. 1. Gemeinderat und Schulvorstand tagen gemeinsam, um endgültige Beschlüsse hinsichtlich der Lernmittelbeschaffung herbeizuführen. In den Ausschuß, der mit dem Schulvorstand zusammen das weitere veranlassen soll, wird Genosse Behlendorf und Frau Giese gewählt. Zu einer schulpolitischen Aussprache kam es, als Genosse Schmidt folgende Eingabe einbrachte: Gemeinderat und Schulvorstand Rensefeld, die heute gemeinsam tagen, richten an die Regierung die Frage, wann die in der oldenburgischen Verfassung gewährleisteten Aenderungen, die Beziehung haben auf das Verhältnis von Schule und Kirche, in Kraft treten? Zugleich drücken sie den Wunsch aus, daß die Lehrpläne im Geschichts- und Religionsunterricht noch vor Ablauf des Schuljahres zeitgemäß geändert werden und die der Regierung schon vor Jahresfrist übermittelte Bitte der Lehrerschaft, in Zukunft statt vier wöchentlich nur zwei Religionsstunden zu erteilen, endlich erfüllt wird. Wegen der Wichtigkeit der Angelegenheit soll darüber in der nächsten Sitzung ausführlich verhandelt werden. 2. Elektrizitätssache. Die Firma Jungclausen-Ahrensbök erklärt, daß sie wegen des rapiden Steigens der Materialpreise (zum Teil bis über 160 Prozent) die übernommenen Arbeiten zu dem bedungenen Satz von 11 520 Mark nicht ausführen kann und fordert 14 794 Mk. Die Forderung wird bewilligt mit der Bedingung, daß die Firma nun gebunden sei und mit der Ausführung sofort beginne. Die Firma Dreesen-Bahnhof Gleschendorf und das Sachsenwerk kommen mit ähnlichen Forderungen, sie sollen aufgefordert werden, ihre Forderungen bestimmter zu formulieren, eine Kommission soll sie prüfen. 3. Die Erhebung einer 5. Quartals-Gemeindesteuer für 1919 wird in 2. Lesung genehmigt. 4. Einen breiten Raum nimmt die Besprechung der Arbeitsbeschaffung innerhalb der Gemeinde ein. Es sind ca. 70—100 Arbeitslose zu versorgen. Es gibt Arbeiten genug, nur Material, besonders zu den geplanten Wegebauten, ist nicht vorhanden. Mit dem Ausbau der Landstraße soll sofort begonnen werden, nachdem ein Sachverständiger des Katasteramts sein Gutachten abgegeben hat. Der Gemeinderat wird die Regierung ersuchen, den Hauptweg Ponsdorf—Rensefeld zu übernehmen und auszubauen. Genosse Wilken wird beauftragt, wegen dieser Sache in der heutigen Landesvorstandssitzung mit dem Präsidenten zu verhandeln. Eine Unterstützungssache und die Frage nach Beschaffung von Land für den Kartoffelbau bilden den Schluß.

Hamburg. Der größte deutsche Konsumverein. Der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion", Hamburg, hat sich auch im verflossenen Jahre an erster Stelle in der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung gehalten. Der Ladenumsatz seiner Tochtergesellschaft (Handelsgesellschaft „Produktion") stieg von 32 049 116,66 Mk. auf 89 832 292,78 Mk. also um 57 783 176,12 Mk. oder reichlich 180 Prozent. Mit dem Umsatze des Hauptlagers und den Engrosumsätzen der Zentrale und der Produktivbetriebe wird sich der Gesamtumsatz auf rund 122 Millionen Mark belaufen. Der Sparkassenbestand ist auf über 25 Millionen Mark angewachsen. Die Mitgliederzahl beträgt etwa 115 000.

Hamburg. Weitere Mandatsniederlegung bei den Unabhängigen. Wie der „Volks-Zeitung" mitgeteilt wird, soll auch der Genosse Thälmann sein Bürgerschaftsmandat zur Verfügung gestellt haben. Gründe sollen nicht bekannt sein. — Nach dem Rücktritt von Frl. Käthe Kuhn scheint diese zweite Lücke in der Reihe der 13 denn doch auf eine innere Krise hinzudeuten. Eine gegenteilige Versicherung der Fraktion durch eine Erklärung in der „Volks-Zeitung", die sich auch scharf gegen einen Artikel des Blattes wendet, steht dazu in seltsamem Widerspruch.

Bremerhaven. Aufs Haupt geschlagen! Der Kampf ist entbrannt und muß durchgeführt werden! So riefen die Kommunisten und Unabhängigen. Die Delegiertenwahl zur Metallarbeiterkonferenz hat nunmehr stattgefunden und zu einer vernichtenden Niederlage der unabhängig-kommunistischen Schreier geführt. Von 1050 abgegebenen Stimmen enthielten: Liste M.-S.: 667—676 Stimmen. Liste U. S.: 325—328 Stimmen. Nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses gab es verdutzte Gesichter, und bestimmte Leute schlichen aus der Versammlung, wie gewisse ungezogene Jungens, denen zu Hause eine Tracht Prügel wartet. Zwei Resolutionen, die sich gegen die gegenwärtige Schreibweise der „Metallarbeiter-Zeitung" richten und dem Vorstand ihre Unzufriedenheit ausdrücken, wurden mit erdrückender Mehrheit angenommen.

Neueste Nachrichten.

Neuorientierung der Ententepolitik zugunsten Deutschlands?

Zürich, 28. Januar. Nach der „Westminster Gazette" ist Lloyd Georges mit seiner Neuorientierung aus Paris zurückgekommen. Er sei sich darüber im Klaren, daß die Strafbestimmungen des Friedensvertrages unbeachtet bleiben müssen und sei davon überzeugt, daß Mittel-Europa dem freien Handel wieder geöffnet werden müsse. Er sehe ein, daß dies nur möglich sei, wenn der Kredit Deutschlands wiederhergestellt werde. Der erste Schritt werde vielleicht eine große Anleihe an Deutschland sein. Die „Westminster Gazette" meint, daß diese Neuorientierung auch Aenderungen in den Bestimmungen über die Wiedergutmachung nach sich ziehen könne.

Zum italienischen Eisenbahnerstreik.

Zürich, 28. Januar. Die ersten Verhandlungen zwischen den Vertretern des italienischen Eisenbahnerverbandes mit der Regierung sind, wie aus Mailand berichtet wird, gescheitert. Der Streikausschuß verlangt die Bezahlung der Streiktage, Wiedereinstellung der entlassenen Hilfsarbeiter und Verzicht auf eine Belohnung des Personals, das während des Ausstandes seinen Dienst versehen hat.

Amerika kauft von Brasilien die deutschen Schiffe.

Rotterdam, 28. Januar. Aus Rio de Janeiro wird gemeldet, daß amerikanische Bankiers über den Ankauf der 26 deutschen Schiffe mit der brasilianischen Regierung verhandeln. Sie sollen die Summe von 36 Millionen Dollar aufbringen.

Die Alliierten beharren auf der Auslieferung.

Paris, 28. Januar. Die Pariser Botschaftskonferenz hat beschlossen, in einer neuen Note an Holland auf der Auslieferung Wilhelms II. zu beharren.

Generalstreikbeschluß in Spanien.

Madrid, 28. Januar. Im Verlaufe der letzten Sitzung der spanischen Kammer teilte der Abgeordnete Bassero im Namen der sozialistischen Fraktion mit, daß die spanische Arbeiterschaft angesichts der passiven Haltung der Regierung den Arbeitnehmern gegenüber den Generalstreik beschlossen hat.

Keine Finanzierung der Fischverkäufe an Deutschland.

Stockholm, 28. Januar. Die schwedische Regierung lehnte das Gesuch südschwedischer Fischer um Bewilligung von 5 Millionen Kronen Kredit für die Finanzierung der Fischverkäufe an Deutschland ab.

Briefkasten.

W. H. Wir können Ihnen keinen anderen Rat geben, als sich selbst an die Ortskohlenstelle (Breite Straße, Polizeigebäude) zu wenden und dort die Ansprüche geltend zu machen.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Festsetzung des Preises für verpachtetes Kartoffelland.

Der unterzeichnete Bauern- und Landarbeiterrat setzt nachstehende Preise als Richtlinien für ordnungsmäßig zum Pflanzen vorbereitetes Kartoffelland fest:

1. mit Stalldung gedüngtes Kartoffelland, wo seitens des Pächters keine Gegenleistungen verlangt werden, pro Quadratrute bis zu 3,— Mk.
   für ungedüngtes Land, pro Quadratrute bis zu . . . . . 1,50 „
2. mit Stalldung gedüngtes Kartoffelland, wo die Pächter zu Gegenleistungen verpflichtet sind, pro Quadratrute bis zu . . . . . 2,— „
   für ungedüngtes Land, pro Quadratrute bis zu . . . . . 1,— „

Wo Land zu höheren Preisen bereits verpachtet ist, sind die Preise entsprechend herabzusetzen.

Vorstehend festgesetzte Preise kommen nur für landwirtschaftliche Betriebe in Frage, nicht für Gärtnereibetriebe.

Der Bauern- u. Landarbeiterrat Lübeck.
O. Boysen,
2036) Vorsitzender.

Lübecker Privatbank in Lübeck.

Die außerordentliche Generalversammlung unserer Aktionäre vom 22. Januar 1920 hat beschlossen, das Aktienkapital von nom.

Mk. **3 000 000** auf Mk. **6 000 000** durch Ausgabe von St. 2500 neuen auf den Inhaber lautenden Aktien zu nom. Mk. 1200.—

unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre zu erhöhen.

Die auszugebenden
Mk. 3 000 000.— neuen Aktien
— die für 1920 halbe Dividende empfangen und ab 1. Januar 1921 volldividendenberechtigt sind — sind von der Deutschen Bank Filiale Hamburg, Hamburg, zu 126 % mit der Verpflichtung übernommen worden, dieselben zum gleichen Kurse von 126 % franko Stückzinsen, zuzüglich halben Schlußscheinstempel, den Besitzern der alten Aktien derart zum Bezuge anzubieten, daß auf je Mk. 1200.— alte Aktien eine neue Aktie zu nom. Mk. 1200.— bezogen werden kann. Beträge alter Aktien unter Mk. 1200.— bleiben unberücksichtigt.

Nachdem der Beschluß der Kapitalserhöhung über Mk. 3 000 000 sowie die Durchführung in das Handelsregister eingetragen ist, fordern wir im Auftrage der Deutschen Bank Filiale Hamburg in Hamburg unsere Aktionäre auf, das Bezugsrecht unter folgenden Bedingungen auszuüben:

1. Die Ausübung des Bezugsrechtes muß bei Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit bis zum 16. Februar 1920 einschließlich
   in Lübeck bei unserer Kasse
   in Hamburg bei der Deutschen Bank Filiale Hamburg
   in Berlin bei der Deutschen Bank Berlin
   während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden erfolgen.
2. Auf je nom. Mk. 1200.— alte Aktien kann eine neue Aktie zu nom. Mk. 1200.— zum Kurse von 126 % franko Stückzinsen zuzüglich halben Schlußscheinstempel bezogen werden.
3. Bei Ausübung des Bezugsrechtes sind die alten Aktienurkunden ohne Dividendenscheine mit Anmeldescheinen in zweifacher Ausfertigung, die bei den Anmeldestellen kostenfrei erhältlich sind, zur Abstempelung einzureichen. Die alten Aktien-Urkunden werden abgestempelt und alsbald zurückgegeben.
4. Sofort bei Ausübung des Bezugsrechtes sind
   50 % des Nennwertes
   sowie das Aufgeld von 26 % zusammen 76 %
   Mk. 912.— für jede neue Aktie
   sowie der halbe Schlußscheinstempel einzuzahlen.
   Die restlichen 50 %
   Mk. 600.— für jede Aktie
   sind bei derselben Stelle, bei der das Bezugsrecht ausgeübt worden ist, spätestens bis zum 15. September 1920 einzuzahlen.

   Vorzeitige Vollzahlung der Aktien ist den beziehenden Aktionären jederzeit unter Abzug von 4 % Zinsen vom Tage der Vollzahlung — frühestens jedoch vom 15. Februar 1920 ab gerechnet bis zum 15. September 1920 gestattet.
5. Die Zahlungen des Bezugspreises werden auf der zweiten Ausfertigung des Anmeldescheines quittiert. Gegen Rückgabe der quittierten zweiten Ausfertigung des Anmeldescheines werden, soweit Vollzahlung geleistet ist, die neuen Aktienurkunden nach ihrer Fertigstellung ausgehändigt.
6. Die Bezugsstellen sind bereit, die Verwertung oder den Zukauf von Bezugsrechten zu vermitteln.
7. Die Ausübung des Bezugsrechtes kann nur dann provisionsfrei erfolgen, wenn das Bezugsrecht von dem Bezugsberechtigten persönlich oder durch einen Vertreter oder Boten am Bankschalter ausgeübt wird. Sowie die Ausübung des Bezugsrechtes im Korrespondenzwege erfolgt, wird die Bezugsstelle die übliche Bezugsprovision in Anrechnung bringen. 2011

Lübeck, im Januar 1920.

Lübecker Privatbank.
Martens. Lehmann.

Bruchbänder, Leibbinden, künstl. Glieder, Gummiwaren, chirg. Artikel, Verbandstoffe 2008
Dr. med. H. Wolfermann & Cie.
Beckergr. 2. Lübeck. Haus Opera.
Lieferant der Krankenkassen.
Damenbedienung.
Für die von uns angefertigten Bruchbänder übernehmen wir für guten Sitz und sichere Zurückhaltung auch der schwersten Brüche jede Garantie.

Gesellschaftshaus Pockenhof.
Morgen Donnerstag: (2007
Gr. Tanzkränzchen.
Anf. 6 Uhr. F. Westfehling.

Deutscher
Transportarb.-Verb.
Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung
der
Straßenbahner
(Werkstättenarbeiter)
am Donnerstag, dem 29. Januar
abends 7 Uhr
im Lokale von Friedr. Lender, Hundestr. 41.

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Kündigung unseres Lohntarifes.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.

Vollzähliges Erscheinen der Kollegen ist erforderlich.

Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

2039) Die Ortsverwaltung.

Stiefelfett
die ½-Pf.-Dose nur 1.30
bei **C. Grimm Nachfl.**
Lederhandlung. 2010

Pelzgarnituren
werden **schnell** und nach **neuesten** Formen billigst umgearbeitet. (2008
D. Wagner, Holstenstr. 8.

Täglich zu seinen Kunden spricht der Kaufmann

durch wirkungsvolle Inserate im „Lübecker Volksboten". Bei der großen Leserzahl haben diese durchschlagenden Erfolg!

2015

Nordschleswiger!

Am Freitag, dem 30. Januar 1920, abends 8 Uhr
findet in der Aula des Johanneums bei St. Johannis (neben der Feuerhauptwache) eine

Versammlung aller Nordschleswiger

statt.

Herr Pastor Kühl aus Nordschleswig wird sprechen.

Diese letzte Versammlung vor der Abstimmung muß zu einer wuchtigen Kundgebung für das Deutschtum in Nordschleswig werden.

2015

Der Deutsche Ausschuß für das Herzogtum Schleswig.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Lübeck.

Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, dem 29. Januar
abends 6 Uhr
im Lokale des Herrn Lender, Hundestr. 41

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu den ausgeschriebenen Extrabeiträgen. Referent Koll. **Willers.**
2. Stand unserer Bewegung.
3. Verschiedenes.

2030) Die Ortsverwaltung.

Konzerthaus Flora.
Jeden Donnerstag:
TANZ
Anfang 6½ Uhr. (2006) Max Siems.

Kaufe Freitag, den 30. und Sonnabend, den 31. Jan.
von 10—6 Uhr 2016
alte Gebisse
per Zahn bis **12, 14, 40, 100 Mk.**
in Lübeck, Zentral-Hotel,
Schüsselbuden 12, I. Etage, Zimmer 18.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei
Ortsgruppe Lübeck. Bureau: Fleischhauerstr. 8.

Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, dem 29. Januar
abends 7 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
1. Bericht vom Bezirksparteitag.
2. Innere Parteiangelegenheiten.

2028) Der Vorstand.

Stadthallen
-Lichtspiele. Telephon 4987.
Das größte u. modernste Lichtspiel-Theater am Platze.
Nur noch 2 Tage!
Der größte Lustspielschlager der Gegenwart
Die Puppe
4 lustige Akte aus einer Spielzeugschachtel (2021
mit **Ossi Oswalda.**
Als Beiprogramm:
Mary Wood
die Tochter des Sträflings, in 4 Akten.
In der Hauptrolle **Egede Nissen.**
Der Dieb im Frack
Abenteuerroman in 5 Akten.

Gesellschaftshaus
Weisser Engel
Ratzeburg. Allee 29, Endstation d. Linie 1
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Gr. Ballmusik.
Anf. Sonntags 4½, Donnerstags 6½ Uhr. 2005

Adlershorst. Jeden Donnerstag: **Tanz** 2004

Sanitäts-Verband der freien Hilfskassen Lübecks.

General-Versammlung
am Donnerstag, dem 29. Januar
abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus
Johannisstr. 50—52.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1919.
2. Wahlen.
3. Innere Kassenangelegenheiten.

2018) Der Vorstand.

Fledermaus
Kabarett-Diele.
Fünfhausen 17/19.
Das große
Januar-Programm!
10 Kaukasia-Tanzsterne
berühmte Gesangs- und Tanz-Truppe
Hansi Heller
hum. Vortrags-Sängerin.
Albert Hersting
der ausgezeichnete Grotesk-Komiker.
Gastspiel
Fritz Steidl
der bekannte und liebenswürdige Humorist.
Nagaina (2020
indische Tempeltänzerin.
Hans Fried
hervorragender Chansonnier u. Ansager.
Original Darwin-Duo
in ihren abwechslungsreichen Tanzschöpfungen.
Der Gipfel der Tanzkunst!
2 Orchester: Dirigenten H. Elvers u. W. Schwenk.
4-Uhr-Tee
u. Auftreten der Künstler.
Eintritt frei — kein Garderobenzwang.
Echte Biere, beste Weine, kaltes Büfett.

Hansa-Theater
Mittwoch, 7 Uhr:
Erstaufführung
Die Förster-Christel.
Donnerstag: (2019
Die Förster-Christel.
Operette von J. Jarno.
Freitag:
Das Mädel von drüben
Sonnabend:
Die Förster-Christel.

Stadttheater Lübeck
(2027
Mittwoch, den 28. Januar:
17. Vorstellung im Mittw.-Abonnement
Anfang 7 Uhr.
Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Akten von Fr. v. Schiller.
Mortimer: Herr Max Burghardt als Gast auf Anstellung.
Donnerstag, d. 29. Januar:
Vorstellung im Faustzyklus. (Nicht Schüler).
Hamlet.
Freitag, den 30. Januar:
18. Vorstellung im Freitag-Abonnement
Rheingold.
Sonnabend, den 31. Januar:
Zum letzten Male!
Der Vogelhändler

Beilage zu Nr. 23.
27. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Mittwoch, den 28. Januar 1920

Zur wirtschaftlichen Lage der Lazarettinsassen.

Aus Kreisen der Lazarettinsassen schreibt man uns:

„Als im August 1914 die Scharmützel im Osten, die Erstürmung Lüttichs im Westen die erster Opfer forderten, und viele deutsche Familien den Verlust eines Mitgliedes beklagten, oder um einen verwundeten Angehörigen in bittere Sorge gerieten, war der Wunsch allgemein, denen zu helfen, die durch den Krieg den Gatten oder Vater verloren. Bevor man an alles andere dachte, verpflichtete man sich, den Kriegsbeschädigten und den Hinterbliebenen zu helfen. Bis heute hat der Staat sicherlich viel für alle die Opfer des Krieges getan. Jeder würde gern, sowie alle Glieder mehr für die Armen tun, wenn nicht tausenderlei andere und teilweise wichtigere Verpflichtungen nicht alle Kassen des Staates in so großem Maße in Anspruch nehmen würden. Am schwersten leiden die heute noch in den Lazaretten befindlichen Kriegsverletzten. Mit Bitternis sehen sie, wie alle Augenblicke Millionen für Beamte bewilligt werden. Wohl sind sie sich darüber im Klaren, daß auch diese nicht auf Rosen gebettet sind, aber dennoch fühlen sie sich sehr vernachlässigt.

Es sei nur daran erinnert, daß alle Parteien im Wahlkampf 1919 das Versprechen abgaben, rückhaltlos für die Rechte der Kriegsopfer einzutreten. Was bisher auf diesem Gebiete versäumt worden ist, läßt sich nicht wieder gutmachen. Viel unverschuldete Not wurde still getragen, manche Tränen des Kummers und Wehes sind geflossen. Bis heute sind die Lazarettinsassen ruhig und geduldig gewesen, haben Rücksicht auf die schwere wirtschaftliche und finanzielle Not des Landess genommen. Ihren Unwillen darf man schon aus reinen Menschlichkeitsgründen nicht weiter herausfordern, wie es bereits geschah. Für die annähernd 150 000 Lazarettinsassen besteht bis zur Stunde kein ihre wirtschaftlichen Verhältnisse regelndes Gesetz. Alle Pflichten und Leistungen stützen sich auf Verordnungen, die willkürlich ausgelegt und gehandhabt werden und keine Sicherheit von heute auf morgen bieten. Ein Beweis dafür ist der Umstand, daß innerhalb des vorigen Jahres der Löhnungssatz in den Lazaretten mindestens sechs Aenderungen erfuhr, daß bezüglich der Familienunterstützung, der Zahlung der Gebührnisse in der Zeit zwischen Entlassung und Beginn des Rentenverfahrens ebenso wie in bezug auf die Verpflegung und Bekleidung eine Zerfahrenheit herrscht, für die der Ausdruck „polnische Wirtschaft" ein Lob darstellt. Die Klagen, die in Berlin wiederholt vorgebracht wurden, hörte man sich zwar mit großem Erstaunen an, man war auch wohl entrüstet über diese Zustände und, um ihnen abzuhelfen, richtete man kostspielige Spezialabteilungen ein, aber dabei blieb es.

Es ist allerhöchste Zeit, daß hier gründlich Remedur geschaffen wird. Es ist der gelindeste Ausdruck des Dankes, den die ganze Nation denen schuldet, die für ihr Wohl die eigene Gesundheit und Existenz opferten. Wir verurteilen mit Fug und Recht das kulturwidrige Verhalten der Franzosen gegenüber unseren Gefangenen; sorgen wir dafür, daß man uns nicht den Vorwurf macht, durch schlechte Behandlung unsere Lazarettinsassen und ihre sicherlich unbewußte Zurückstellung ebensolche Schuld auf uns geladen zu haben."

Wir können diesem Notschrei der Lazarettinsassen nur wünschen, daß er an den zuständigen Stellen gehört wird, und daß endlich einmal den Aermsten der Armen ihr Recht wird. Nützlich wäre vielleicht die Hinzuziehung eines Vertreters der Lazarettinsassen zu den Verhandlungen, die im Reichswirtschaftsministerium fortgesetzt zur Hebung der wirtschaftlichen Not der Kriegsopfer gepflogen werden.

Die landwirtschaftliche Bedeutung Nordschleswigs.

NK Nordschleswig ist überwiegend ein agrarisches Wirtschaftsgebiet. Die Städte außer Flensburg sind die Märkte der Landbevölkerung und kommen industriell nur wenig in Betracht; zur Hauptsache handelt es sich bei der Industrie um Ziegeleiindustrie, diese zumeist nordöstlich Flensburgs. An dem Norduser der Flensburger Föhrde und die ganze Ostküste herauf wohnt eine zahlreiche Fischer- und Seemannsbevölkerung, die zugleich ackerbautreibend ist.

Die ackerbautreibende Bevölkerung Nordschleswigs, führt Johannes Tiedje in der „Deutschen landwirtschaftlichen Presse" aus, ist eine überwiegend bäuerliche. Außer 16 Herrengütern ruht der große Landbesitz in Händen von Großbauern und mittelgroßen Bauernhöfen. Durch diese gleichmäßige Verteilung des Besitzes in gutsituierter Bauernhand erklärt sich der geringe Prozentsatz der Bevölkerung im Verhältnis zur Bodenfläche. Im Jahre 1900 betrug dieser nur 49 Seelen auf 1 Quadratkilometer. Auch die Berufsstatistik beweist den agrarischen Grundcharakter insbesondere für die dänische Bevölkerung. Beruflich tätig waren nach Tiedje im Jahre 1905 in Nordschleswig männliche, dänisch sprachige über 15 Jahre alte Einwohner auf dem Lande knapp 35 000. Darunter entfielen auf die Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht über 22 000, das sind über 63 Proz.

In der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins besitzen die Viehhaltung und Viehzucht eine überragende Bedeutung. Begünstigt durch das feuchte Klima und die Graswüchsigkeit des Bodens hat sich im Westen der Provinz vorwiegend Weidewirtschaft, im Osten, namentlich in den Gegenden des Großgrundbesitzes, die sogenannte Feldgraswirtschaft herausgebildet, verbunden mit starker Milchviehhaltung. Die Mitte des Landes schließt sich in ihrer Wirtschaftsweise dem Osten an, bevorzugt aber mehr die Aufzucht von Weidevieh. Der letztere Zweig der Viehwirtschaft hat namentlich in Nordschleswig einen großen Umfang angenommen und ihr Gebiet reicht z. B. in der Höhe des Kreises Apenrade von der Westküste hinüber bis zur Halbinsel Lott in der Ostsee.

Schleswig bildet in der Hauptsache das Zuchtgebiet des kaltblütigen Schleswiger Pferdes. Von welcher Bedeutung die schleswigsche Pferdezucht ist, beweisen die Angaben Tiedjes, wonach von den im Jahre 1912 gezählten 207 183 Pferden sich rund 83 000 in Schleswig befanden und zwar in den 4 nördlichen Kreisen Hadersleben, Apenrade, Sonderburg und Tondern 44 000, in den mittleren Kreisen Husum und Flensburg 17 000 und in den südlichen Kreisen Eiderstedt, Schleswig und Eckernförde 22 000. Die schleswigsche Pferdezucht liefert besonders ein starkes Arbeitspferd, an dem namentlich die Gängigkeit gerühmt wird. Das schleswigsche Pferd ist nicht nur das Arbeitspferd der ganzen Geestbezirke Schleswigs und Holsteins, es wird auch in großer Zahl in die Provinz Sachsen und in die östlichen Provinzen Preußens verkauft.

Eine ähnliche Bedeutung wie in der Pferdezucht das schleswigsche Pferd hat in der Rindviehzucht das Shorthornrind. Die Zucht im Kreise Eckernförde schließt sich an holsteinische Verhältnisse an. Sonst wird auf der Insel Alsen und in der Landschaft Angeln vorwiegend rotes schleswigsches Milchvieh gehalten, während in den anderen Teilen Schleswigs diese Zucht nur eine untergeordnete Rolle gegenüber derjenigen der als Weidevieh ungeeigneten Shorthorntiere spielt. In den Kreisen Tondern, Husum, Eiderstedt und dem westlichen Teile des Kreises Schleswig ist die letztgenannte Zucht als einzige anerkannt. Mit dem Wachsen der Weidewirtschaft gegenüber der Milchwirtschaft in den letzten Jahrzehnten hat die Aufzucht immer mehr an Gebiet gewonnen. Nordschleswig ist eines der Haupterzeugungsgebiete von Weidevieh für Deutschland geworden.

Auch die Schweinezucht Nordschleswigs ist von Bedeutung; zeigte doch der Schweinebestand von 1883—1913, wie Tiedje angibt, eine Vermehrung von 21 788 auf 42 234 Stück. Die Schweinezucht stand früher besonders auf der Insel Alsen sehr hoch, jedoch ist der Schweinebestand auf den Quadratkilometer in Nordschleswig bei weitem geringer als in Dänemark. Die Schweineproduktion Nordschleswigs wurde bisher von Deutschland fast ganz aufgenommen, die Ausfuhr nach dem Auslande, nach Dänemark vor allem, war kaum nennenswert.

Neben der Tierzucht muß bei der Erörterung der landwirtschaftlichen Bedeutung Nordschleswigs auch dessen Obstbau noch Erwähnung finden. Die Provinz Schleswig-Holstein liefert viel Obst — 1913 hatte der Verkehrsbezirk an Obst, Gemüse und Pflanzen einen Ausfuhrüberschuß von rund 100 000 Tonnen. In der Obstausfuhr Schleswigs war dabei Nordschleswig, so vor allem die Umgebung der Flensburger Föhrde und die Insel Alsen erheblich beteiligt.

Dr. H. Kr.

Zentrale Verhandlungen und Schiedssprüche im Holzgewerbe.

In der verflossenen Woche wurden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen im Holzgewerbe geführt. Es sind auch Schiedssprüche gefällt worden, aber der Lösung der Streitfragen ist man dadurch nicht merklich näher gekommen.

Bei diesen dreht es sich in erster Linie um den Reichstarif, über den vom März bis Ende August vorigen Jahres mit dem Arbeitgeber-Schutzverband verhandelt worden ist. Die letzten Meinungsverschiedenheiten wurden in beiderseitigem Einverständnis durch einen vom Frhrn. v. Berlepsch gefällten Schiedsspruch gelöst. Trotzdem lehnte die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes den Reichstarif ab. In einigen Orten, darunter auch in Lübeck, kam es zum Streik, resp. zur Aussperrung. In dieser Situation hat das Reichsarbeitsministerium eingegriffen. Der nunmehr gefällte Schiedsspruch erklärt den strittigen Reichstarif als maßgebend bis zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages ausschließlich der Bestimmungen über die Entlohnung und bestimmt weiter, daß die in Frage kommenden Bestimmungen des Reichstarifes unmittelbar nach Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes diesem anzupassen sind.

Nach der Fällung dieses Schiedsspruches erklärten sich beide Parteien bereit, sofort über die neuen Lohnforderungen der Holzarbeiter zu verhandeln. Gefordert wurde für alle Arbeiter und Arbeiterinnen vom 1. Januar ab eine Zulage von 1 Mark auf die bestehenden Löhne. Außerdem wurde eine Neuregelung der Durchschnitts- und Mindestlöhne verlangt. Eine Einigung konnte zwischen den Parteien nicht erzielt werden. Es kam zu einem Schiedsspruch, der im wesentlichen das folgende besagt:

Eine Teuerungszulage wird allen Arbeitern und Arbeiterinnen über 22 Jahren vom 12. Januar ab gewährt, und zwar in der Tarifklasse I und II von 1 Mk., III und IV 90 Pfg., V und VI 80 Pfg. pro Stunde. Diese Zulage vermindert sich für Personen im Alter von 20—22 Jahren um 10 Pfg., von 18 bis 20 Jahren um 20 Pfgf., von 16—18 Jahren um 30 Pfg.

Der Durchschnittslohn für Facharbeiter über 22 Jahren in Klasse 1 beträgt 4,20 Mk. pro Stunde. Er vermindert sich in den anderen Tarifklassen nach dem geforderten Verhältnis, beträgt also in den sechs Klassen 100, 94, 88, 82, 76 und 70 Prozent von 4,20 Mk. In den drei gebildeten Altersstufen von 20—22 Jahren, bezw. 18—20 Jahren und 16—18 Jahren vermindert sich der Durchschnitts- und Mindestlohn um 20 bezw. 40 und 60 Pfg. Von den Vertragslöhnen der Facharbeiter berechnet sollen die Löhne der Hilfsarbeiter 85 Prozent, die der Facharbeiterinnen 70 Proz. die der Hilfsarbeiterinen 55 Proz. betragen. Die Mindestlöhne sind überall 10 Prozent niedriger als die Durchschnittslöhne.

In den Durchschnitts- und Mindestlöhnen sind die Teuerungszulagen enthalten. Außerdem wird bestimmt, daß auf die Zulagen, die seit dem 1. Dezember 1919 örtlich vereinbarten Zulagen insoweit anrechnungsfähig sind, als mit diesen Zulagen die Durchschnittslohnsätze erreicht werden, mit der Maßgabe jedoch, daß die Personen, die demnach keine Zulage erhalten würden, dennoch eine Sonderzulage von 1 Mk. pro Tag erhalten. Bei einer Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse soll nach dem 1. April erneut über die Lohnfrage verhandelt werden können. Die Parteien müssen sich bis zum 3. Februar über die Annahme des Schiedsspruches äußern.

Im Laufe dieser Woche werden beide Parteien Vertreterversammlungen abhalten, es ist aber fraglich, ob dieser Schiedsspruch den Frieden bringen wird.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 28. Januar.

Mit der Gründung eines graphischen Kartells beschäftigte sich eine am 24. Januar im Gewerkschaftshause stattgefundene Versammlung, welche vom Verband der deutschen Buchdrucker, dem deutschen Buchbinder-Verband, dem Verband der Lithographen und Steindrucker und dem Verband der in Buch- und Steindruckereien beschäftigten Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen einberufen war. Gen. Salamon bezeichnete die graphischen Kartelle als Grundlage für einen kommenden graphischen Industrieverband, um dem Kapitalismus im graphischen Gewerbe eine möglichst geschlossene Front der Arbeiter entgegenstellen zu können. Verwerflich sei dagegen das Bestreben der U. S. P. diese Organisationen, wie z. B. in Leipzig und Halle, als Vorspann für ihre parteipolitischen Tendenzen zu benutzen, denn dadurch würde nur Zersplitterung in die Gewerkschaften gebracht. In der Aussprache erklärten sich die übrigen Gewerkschaften mit dem Plane einverstanden. Als Aufgaben des Graphischen Kartells wurden bezeichnet: Gemeinsames Vorgehen bei den Wahlen zu den Betriebsräten, bei den Krankenkassen-Vertreterwahlen und vor allem gegenseitige Unterstützung bei der Durchführung zentraler Lohn- und Arbeitsbedingungen. Auch die Einrichtung gemeinsamer Fortbildungsmöglichkeiten soll Sache des neugegründeten Kartells sein.

Hans und Heinz Kirch.

Novelle von Theodor Storm.

15. Fortsetzung.

„Wieb!" rief Frau Lina und trat einen Schritt zurück.

Wieb rang nach Atem. „Verzeihung!" murmelte sie. „Ich mußte; Ihr Heinz ist fort; Sie wissen es vielleicht nicht; aber der Fuhrmann sagte es, er wird nicht wiederkommen, niemals."

„Was geht das dich an?" fiel ihr Hans Kirch ins Wort.

Ein Laut des Schmerzes stieg aus ihrer Brust, daß Linas Augen unwillkürlich voll Mitleid auf diesem einst so holden Antlitz ruhte. Aber Wieb hatte dadurch wieder Mut gewonnen. „Hören Sie mich!" rief sie. „Aus Barmherzigkeit mit Ihrem eigenen Kinde! Sie meinen, er sei es nicht gewesen; aber ich weiß es, daß es niemand anders war! Das", und sie zog die Schnur mit dem kleinen Ringe aus ihrer Tasche, „es ist ja einerlei nun, ob ich's sage — das gab ich ihm, da wir noch halbe Kinder waren; denn ich wollte, daß er mich nicht vergesse! Er hat's auch wieder heimgebracht und hat es gestern vor meinen Augen in den Staub geworfen."

Ein Lachen, das wie Hohn klang, unterbrach sie. Hans Kirch sah sie mit starren Augen an. „Nun, Wieb, wenn's denn dein Heinz gewesen ist, es ist nicht viel geworden aus euch beiden."

Aber sie achtete nicht darauf, sie hatte sich vor ihm hingeworfen. „Hans Kirch!" rief sie und faßte beide Hände des alten Mannes und schüttelte sie. „Ihr Heinz, hören Sie es nicht? Er geht ins Elend, er kommt niemals wieder! Vielleicht — o Gott, sei barmherzig mit uns allen! Es ist noch Zeit vielleicht!"

Auch Lina hatte sich jetzt neben ihr geworfen; sie scheute es nicht mehr, sich mit dem armen Weibe zu vereinigen. „Vater", sagte sie und streichelte die eingesunkenen Wangen des harten Mannes, der jetzt dies alles über sich ergehen ließ, „du sollst diesmal nicht allein reisen, ich reise mit dir; er muß ja jetzt in Hamburg sein, oh, ich will nicht ruhen, bis ich ihn gefunden habe, bis wir ihn wieder hier in unseren Armen halten! Dann wollen wir es besser machen, wir wollen Geduld mit ihm haben, o, wir hatten sie nicht, mein Vater! Und sag nur nicht, daß du nicht mit uns leidest, dein bleiches Angesicht kann doch nicht lügen! Sprich nur ein Wort, Vater, befiehl mir, daß ich den Wagen herbestelle, ich will gleich selber laufen, wir haben ja keine Zeit mehr zu verlieren!" Und sie warf den Kopf an ihres Vaters Brust und brach in lautes Schluchzen aus.

Wieb war aufgestanden und hatte sich bescheiden an die Tür gestellt; ihre Augen sahen angstvoll auf die beiden hin.

Aber Hans Kirch saß wie ein totes Bild; sein jahrelang angesammelter Groll ließ ihn nicht los; denn erst jetzt, nach diesem Wiedersehen mit dem Heimgekehrten, war in der grauen Zukunft keine Hoffnung mehr für ihn. „Geht!" sagte er endlich, und seine Stimme klang so hart wie früher; „mag er geheißen haben wie er will, der diesmal unter meinem Dach geschlafen hat; mein Heinz hat schon vor siebzehn Jahren mich verlassen."

* * *

Für fremde Augen mochte es immerhin den Anschein haben, als ob Hans Kirch auch jetzt noch in gewohnter Weise seinen mancherlei Geschäften nachgehe; in Wirklichkeit aber hatte er das Steuer mehr und mehr in die Hand des jüngeren Teilhabers der Firma übergehen lassen; auch aus dem städtischen Kollegium war er, zur stillen Befriedigung einiger ruheliebender Mitglieder, seit kurzer Zeit geschieden; es drängte ihn nicht mehr, in den Gang der kleinen Welt, welche sich um ihn her bewegte, einzugreifen.

Seit wieder die ersten scharfen Frühlingslüfte wehten, konnte man ihn oft auf der Bank vor seinem Hause sitzen sehen, trotz seiner jetzt fast weißen Haare als alter Schiffer ohne jede Kopfbedeckung. — Eines Morgens kam ein noch weißerer Mann die Straße hier herab und setzte sich, nachdem er näher getreten war, ohne weiteres an seine Seite. Es war ein früherer Oekonom des Armenhauses, mit dem er als Stadtverordneter einst manches zu verhandeln gehabt hatte; der Mann war später in gleicher Stellung an einen anderen Ort gekommen, jetzt aber zurückgekehrt, um hier in seiner Vaterstadt seinen Alterspfennig zu verzehren. Es schien ihn nicht zu stören, daß das Antlitz seines früheren Vorgesetzten ihn keineswegs willkommen hieß; er wollte ja nur plaudern, und er tat es um so reichlicher, je weniger er unterbrochen wurde; und eben jetzt geriet er an einen Stoff, der unerschöpflicher als jeder andere schien. Hans Kirch hatte Unglück mit den Leuten, die noch weißer als er selber waren; wo sie von Heinz sprechen sollten, da sprachen sie von sich selber, und wo sie von allem anderen sprechen konnten, da sprachen sie von Heinz. Er wurde unruhig und suchte mit schroffen Worten abzuwehren; aber der geschwätzige Greis schien nichts davon zu merken. „Ja, ja; ei du mein lieber Herrgott!" fuhr er fort, behaglich in seinem Redestrome weiterschwimmend, „der Hasselfritze und der Heinz, wenn ich an die beiden Jungen denke, wie sie sich einmal die großen Anker in die Arme brannten! Ihr Heinz, ich hörte wohl, der mußte vor dem Doktor liegen; den Hasselfritze aber hab ich selber mit dem Hasselstock kuriert."

Er lachte ganz vergnüglich über sein munteres Wortspiel; Hans Kirch aber war plötzlich aufgestanden und sah mit offenem Munde gar grimmig auf ihn herab. „Wenn er wieder schwatzen will, Fritz Peters," sagte er, „so suche Er sich eine andere Bank; da drüben bei dem jungen Doktor steht just eine hagelneue!"

Er war ins Haus gegangen und wanderte in seinem Zimmer hin und wider; immer tiefer sank sein Kopf zur Brust hinab, dann aber erhob er ihn allmählich wieder. Was hatte er denn eigentlich vorhin erfahren? Daß der Hasselfritze ebenfalls das Ankerzeichen hätte haben müssen? Was war's denn weiter? — Welchen Gast er von einem Sonntag bis zum anderen oder ein paar Tage noch länger bei sich beherbergt hatte, darüber brauchte ihn kein anderer aufzuklären.

Und auch dieser Tag ging vorüber, und die dann kamen, nahmen ihren regelmäßigen Verlauf. — Im Oberhause wurde ein Kind geboren; der Großvater fragte, ob es ein Junge sei; es war ein Mädchen, und er sprach dann nicht mehr darüber. Aber was hätte es ihm auch geholfen, wenn es ein künftiger Christian oder günstigenfalls ein Hans Martens gewesen wäre! Nur die Unruhe, die jetzt oft nächtens über seinem Kopfe in dem Schlafzimmer des jungen Paares herrschte, störte ihn.

Eines Abends, da es schon Herbst geworden — es jährte sich gerade mit der Abreise seines Sohnes —, war Hans Kirch wie gewöhnlich mit dem Schlage zehn in seine nach der Hofseite gelegene Schlafkammer getreten. Es war die Zeit der Aequinoktialstürme, und hier hinaus hörte man die ganze Gewalt des Wetters; bald heulte es in den obersten Luftschichten, bald fuhr es herab und tobte gegen die kleinen Fensterscheiben. Hans Kirch hatte seine silberne Taschenuhr hervorgezogen, um sie, wie jeden Abend, aufzuziehen; aber er stand noch immer mit dem Schlüssel in der Hand, hinaushorchend in die wilde Nacht.

Das Balken- und Sparrenwerk des neuen Daches krachte, als ob es aus den Fugen solle; aber er hörte es nicht; seine Gedanken fuhren draußen mit dem Sturm. „Südsüdwest!" murmelte er vor sich hin, während er den Uhrschlüssel in die Tasche steckte und die Uhr unaufgezogen über seinem Bette an den Haken hing. — Wer jetzt auf der See war, hatte keine Zeit zum Schlafen; aber er war ja seit lange nicht mehr auf See; er wollte schlafen, wie er es bei manchem Sturm hier schon getan hatte; die Stürme kamen ja allemal im Aequinoktium, er hatte sie so manches Mal gehört.

Aber es mußte heute noch etwas anderes dabei sein; Stunden waren schon vergangen, und noch immer lag er wach in seinen Kissen. Ihm war, als könne er Hunderte von Meilen weit hinaushorchen nach einem klippenvollen Küstenwasser des Mittelländischen Meeres, das er in seiner Jugend als Matrose befahren hatte; und als endlich ihm die Augen zugefallen waren, riß er gleich darauf mit Gewalt sich wieder empor; denn ganz deutlich hatte er ein Schiff gesehen, ein Vollschiff mit gebrochenen Masten, das von turmhohen Wellen auf und ab geschleudert wurde. Er suchte sich völlig zu ermuntern, aber wieder drückte es ihm die Augen zu, und wiederum erkannte er das Schiff; deutlich sah er zwischen Bugspriet und Vordersteven die Galion, eine weiße mächtige Fortuna, bald in der schäumenden Flut versinken, bald wieder stolz emportauchen, als ob sie Schiff und Mannschaft über Wasser halten wollte. Dann plötzlich hörte er einen Krach; er fuhr jäh empor und fand sich aufrecht in seinem Bette sitzend.

(Fortsetzung folgt.)

Die Arbeitsbaugenossenschaft sendet uns eine Zuschrift in der zunächst auf den schwierigen Stand des Handwerks gegenüber dem Großkapital hingewiesen wird. Die Riesengewinne der Großbetriebe wären nur in die Taschen einzelner Personen geflossen und seien nicht der Allgemeinheit zugute gekommen. Von dem Gedanken ausgehend, daß der Ertrag der Arbeit der Allgemeinheit zugeführt werden solle, habe man die Arbeitsbaugenossenschaft gegründet, der fast alle Handwerker angehörten und die daher imstande sei alle Arbeiten unter Ausschaltung des Unternehmers auszuführen. Es heißt dann: Wenn alle Arbeiter sich auf sich selbst besinnen und dem Gedanken der Sozialisierung Rechnung tragen; wenn alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, wie auch das Kleinbürgertum sich mit einem Anteil von nur 100 Mark beteiligen, welches auch in Raten von 10 Mk. geschehen kann, so werden leicht 2 Millionen Mark zusammen gebracht werden. Sind alle Klassengenossen von diesem edlen Gedanken erfaßt, dann gibt es keinen Kampf mehr zwischen Großkapital und Unternehmer, dann kann es nur noch einen Kampf zwischen Kapital und Genossenschaften geben. Stellt die Arbeiterschaft Lübecks ihre Spargroschen dem genossenschaftlichen Betriebe statt dem kapitalistischen Betriebe zur Verfügung, dann werden wir vorwärts kommen. Dann wird die kommende Sozialisierung ein Fundment erhalten, auf dem wir und unsere Nachkommenschaft weiterbauen können.

Der Verband der Hausangestellten hat in seiner letzten Versammlung beschlossen, eine 50prozentige Teuerungszulage auf die Sätze des geltenden Lohntarifs zu fordern. Der Vorstand hat an den Verein der Hausfrauen das Ersuchen gerichtet, dafür einzutreten, daß die geforderte Lohnzulage bewilligt wird. In der gleichen Angelegenheit ist das Tarifamt gebeten worden, Verhandlungen einzuleiten, die zu einer gegenseitigen Aussprache und Verständigung führen. Bei der sinkenden Kaufkraft unseres Geldes muß auch den Hausangestellten die geforderte Zulage zu ihren Löhnen gewährt werden.

Die Nordschleswiger veranstalten am Freitag, dem 30. d. M., abends 8 Uhr in der Aula des Johanneums vor der Abstimmung die letzte Versammlung, zu der sie im Inseratenteil einladen.

Angrenzende Gebiete.

Kiel. Tarifabschluß für Staats- und Forstarbeiter. Für die Provinz Schleswig-Holstein sind nachstehende Lohnsätze durch Tarif-Vertrag für die Staats-Forstarbeiter festgelegt worden. Die Provinz ist in zwei Klassen eingeteilt und zwar gehören zu der 1. Klasse die Oberförstereien Trittau, Kiel, Barlohe, Rendsburg und ein Teil vom Kreise Flensburg und ein Viertel Teil vom Kreise Schleswig. Die Oberförstereien Segeberg, Rantzau, Reinfeld und der andere Teil von Schleswig rechnen unter die 2. Klasse. In der 1. Klasse erhalten: Arbeiter über 18 Jahre 1,70 Mk., Arbeiter von 16 bis 18 Jahren 1,30 Mk., Arbeiter unter 16 Jahren 0,90 Mk., Arbeiterinnen über 18 Jahre 1 Mk., Arbeiterinnen von 16 bis 18 Jahren 0,80 Mk., Arbeiterinnen unter 16 Jahren 0,50 Mk. In der 2. Klasse erhalten: Arbeiter über 18 Jahre 1,40 Mk., Arbeiter von 16 bis 18 Jahren 1,10 Mk., Arbeiter unter 16 Jahren 0,70 Mk., Arbeiterinnen über 18 Jahre 0,80 Mk., Arbeiterinnen von 16 bis 18 Jahren 0,60 Mk., Arbeiterinnen unter 16 Jahren 0,40 Mk. Dieser Stundenlohn muß nachgezahlt werden vom 1. Juli 1919.

Flensburg. Revolutionäre für die Monarchie. Daß in den Kreisen der U. S. P. und selbst der K. P. D. die Internationale auch nur als ein Phantom aufgefaßt wird, ersehen wir daraus, daß zurzeit die führenden Unabhängigen Schmidt und das frühere Hamburger Arbeiterratsmitglied Thiel in Flensburg, sowie die Kommunisten Schulz und Subranski in Hadersleben eifrig Propaganda für das Königreich Dänemark betreiben. Jedenfalls sind die Herrschaften wohl auch durch die Liebespakete der Dänen eingefangen, sonst könnten sie unmöglich für eine Monarchie Propaganda treiben.

Bremen. Gautag des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Hier traten am Sonnabend und Sonntag die Bundesdelegierten des sechsten Gaues, der das Gebiet von Hamburg, Lübeck, Bremen, Mecklenburg und das nördliche Hannover, sowie einen Teil Schleswig-Holsteins umfaßt, zu einer Gauätzung zusammen. Es wurde gefordert, daß die Rentenstaffelung auf einer Grundlage erfolgt, die ein Existenzminimum sichert. Eine Streichung von Renten unter 25 Prozent wurde aufs schärfste abgelehnt. An Stelle der Verstümmelungszulage rechnet man beim neuen demnächst zu erwartenden Gesetz eine prozentual höher gesteigerte Rente bei Schwerkriegsbeschädigten. Der Bund plant in Berlin sofort nach Veröffentlichung des Gesetzes die Einberufung einer von allen Ortsgruppen beschickten Konferenz. Ein zur Reichsregierung abgesandtes Telegramm fordert sofortige Auszahlung der Rentengewährung, einer einmaligen Beschaffungsbeihilfe und Auszahlung der im November 1919 zugestandenen Beschaffungssumme auch an ledige Lazarettinsassen. Für die Hinterbliebenen wurde gefordert eine Teuerungszulage von 1000 Mark sowie gesteigerte Renten nach der bestehenden Teuerung. Bei Verheiratung soll eine einmalige Abfindung von 5000 Mark gezahlt werden. In bezug auf Unterstützungsberechtigung sind eheliche und außereheliche Kinder gleichzustellen. Das Einstellungszwangsgesetz soll auch auf die Hinterbliebenen Anwendung finden. Wo nötig, soll dazu eine besondere Arbeitsnachweisstelle errichtet werden.

Aus dem Parteileben.

Streit um die Internationale im Elsaß. Nach dem „Berliner Tageblatt" stimmte eine Versammlung der oberelsässischen Sozialisten in Mülhausen mit überwiegender Mehrheit für den Anschluß an die sozialistische Leninsche dritte Internationale. Die Sozialisten des Unterelsaß haben sich dagegen ausgesprochen.

Arbeiterbewegung.

Die Lohnerhöhungen für die Bergarbeiter. Die Zugeständnisse bei den Tarifverhandlungen sind folgende: Der Grundlohn der unterirdisch beschäftigten Arbeiter wird um 8 Mk. und der Gedingelohn um 5 Mk. erhöht. Die Kinderzulage erfährt eine Erhöhung von 20 Pfg. auf eine Mark. Die Zechenarbeiter erhalten eine Lohnzulage von 1 Mk. die Stunde. Der Mindestschichtlohn eines Hauers steigt auf über 40 Mk.

Reich und Ausland.

Schiffsunfälle im Mittelmeer. Der englische Dampfer „Siplon", mit Ladung für Smyrna, ist an der Küste von Kreta gesunken. Die Besatzung ist umgekommen. — In den Gewässern von Valona wurden Wrackstücke eines anscheinend französischen Dampfers aufgefunden. Ueber das Schicksal der Besatzung ist nichts bekannt.

Hingerichtet — dann freigesprochen! Ein Stück altösterreichischer Kriegsjustiz fand dieser Tage vor dem Oberlandesgericht Laibach ein trauriges Nachspiel. Der Gastwirt Johann Bräuer in Dovzi in Krain wurde 1915 standrechtlich wegen Störung der öffentlichen Ruhe und wegen Majestätsbeleidigung zum Tode verurteilt und hingerichtet. Bräuer hatt die ihm zur Last gelegten Aeußerungen entschieden bestritten, war aber auf Grund der Aussage einer Zeugin verurteilt worden. Von dem Oberlandesgericht Laibach wurde festgestellt, daß die einzige Zeugin an Hysterie gelitten habe und noch leide, und daß daher ihre Aussage nicht ernst zu nehmen sei. Aus diesem Grunde sowohl als auch wegen Formfehlers wurde das Urteil aufgehoben und der arme Hingerichtete freigesprochen. — Fort mit der Todesstrafe!

Professor Fritz August v. Kaulbach ist in Ohlstadt bei Murnau gestorben. Er war der Maler schöner Frauen. Von seinen zahlreichen Werken, die auch in staatlichen und städtischen Kunsthallen Aufnahme fanden, sind die bekantesten „Kavalier und Zofe" (1873), Träumerei" (1877), „Marienfest" und „Burgfräulein mit dem Pokal" (1879), „Lautenspieler-Quartett" (1885), die großangelegte „Grablegung Christi" (1892) sowie die Porträts seiner Frau (1883), der Violinvirtuosin Frieda Scotta.

Der Hausdiener des Prinzen. In einem alldeutschen Blatte findet sich nach dem „B. T." das folgende hübsche Inserat:

„Suche 17—18jährigen jungen Menschen vom Lande als Hausdiener, deutschnationale Gesinnung ist Bedingung. Dienstantritt möglichst 1. Februar. Angebote an Prinz Friedrich Sigismund von Preußen, Klein-Glienicke b. Potsdam, Kr. Teltow."

Der Vater des Prinzen, Friedrich Leopold, hat sich der Demokratischen Partei angeschlossen. Ueber den deutschnationalen Sprößlingen wird sich wohl ein Speichellecker finden, der es weniger auf den Wert seiner Arbeitskraft als auf prinzliche Huld abgesehen hat. Vielleicht meldet sich ein Junkersöhnchen, das gern mit den Sporen seines Herrn beim Stiefelputzen klappert, seitdem es bei der Garde für adlige Sausewinde keine erträglichen Sinekuren mehr gibt.

Vermischtes.

Wahnsinn oder Betrug? In Leipzig wird zurzeit ein „Aufruf an die deutschen Patrioten" verteilt, der nur dem Hirn eines Geisteskranken oder aber eines besonders naiven Betrügers entsprungen sein kann. Bemerkenswert ist, daß der Verfasser, der sich mit dem volltönenden Namen „Don Pablo" bezeichnet, auch die Spartakisten zu den deutschen Patrioten zählt. Sein vortrefflicher Plan läuft darauf hinaus, einen „anonymen Bund mutiger Patrioten" zu begründen, dessen Name „Die deutschen Ehrenritter" sein soll. Die Mitglieder dieses Bundes werden in drei Verdienstklassen eingeteilt: „Noble", „Weise" und „Mutige". Das Anrecht auf eine dieser Klassen muß durch eine Tat, Rat oder Spende erworben werden. Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß unter „Nobien" diejenigen zu verstehen sind, die an den Verfasser des Flugblattes eine besonders namhafte Summe senden. Der Plan, der von diesem edlen Bunde zur Ausführung gebracht werden soll, ist kein geringerer, als erschreckliche Rache an unseren Feinden zu nehmen. Es sollen mittels der zu diesem Zwecke gespendeten Gelder durch mikrobiologische Experimente Gifte hergestellt werden, die wir auf irgendeinem, von dem Herausgeber des Flugblattes nicht genannten Wege den Engländern beibringen und damit, wie es in dem schönen Flugblatt wörtlich heißt, „täglich hunderttausende Opfer" unter den Engländern erzielen sollen. Vortrefflich charakterisiert sich der Herausgeber des Flugblattes durch die Eigenschaften, die er selbst seinem Bunde zuschreibt: „Die Heimlichkeit ist unser Schild, die Schlauheit wird unser Bogen sein, und die Plötzlichkeit ist der sichere Pfeil, der der blutdürstigen dreiköpfigen Hydra ihre verbrecherische Existenz verkürzen wird." Ein vortrefflicher Plan. Besonders empfehlenswert für diejenigen Kriegs- und Revolutionsgewinnler, die ihr Kapital gern unterbringen möchten. Wir empfehlen unsern Lesern, schleunigst jener Vereinigung beizutreten und besonders möglichst bald an die Herstellung jener Gifte, die die dreiköpfige Hydra vernichten sollen, heranzutreten, hoffen aber, daß der edle „Don Pablo" selbst zunächst eine Kostprobe seiner Erfindung einnehmen wird.

Welt und Wissen.

Die Pororoka. Was ist die Pororoka? Eine merkwürdige und bisweilen furchtbare Naturerscheinung, von der man bei uns wenig weiß, obgleich sie in abgeschwächter Form auch bei uns auftritt, und von der Karl Rode in „Ueber Land und Meer" Näheres berichtet. Die Pororoka ist eine Eigenart des Amazonenstromes. Man versteht darunter die Stauwellen der Meeresflut gegen die andrängende Flut des Stromes. Da Ebbe und Flut der großen Meere zweimal täglich wechseln, so muß die Flutwelle jedesmal eine Anstauung der Fluten aller jener Wasserläufe bewirken, die sich in die großen Meere ergießen. Das kann man auch bei unseren heimischen Strömen beobachten. Bei der Elbe beträgt diese Anstauung z. B. noch in Hamburg an den St. Pauli-Fähren jedesmal zwischen 2—3 Meter, je nachdem die Elbe selbst mehr oder weniger Wasser mit sich führt. Nun denke man sich diese Verhältnisse auf die riesigen Ausmaße des Amazonenstromes übertragen, der sich nach einem Laufe von 5350 Kilometer, währenddessen er mehr als 200 Nebenflüsse aufnimmt, in das Atlantische Meer ergießt. Noch in den Anden, aus denen er entspringt, erreicht er unterhalb Obides eine Breite von 60 Km. und hat an seiner Mündung bei einer Breite von 300 Km. eine Wassertiefe von 160 Metern. Die Flut, die er in die See ergießt, ist so bedeutend, daß sie noch in einer Entfernung von 200 Meilen von der Küste bemerkt wird. Es ist klar, daß bei einer solchen Riesenstromflut — man berechnet die sich in das Meer ergießende Wassermenge des Amazonenstromes auf 500 Millionen Kubikmeter in der Stunde — der täglich zweimal eintretende Gegendruck der Meeresflut eine ganz gewaltige Wasserstauung im Bette des Amazonenstromes mit sich bringen muß. Man bemerkt die Anstauung bis Obides und zwar in der nämlichen Minute, in der die Flut einsetzt. Dank der über 1000 Meter hohen Felsensperre bei Obidos merkt man darüber hinaus wenig mehr davon; dagegen überfluten die unterhalb Obidos angestauten Wasser unter Umständen die Ufer des Amazonenstromes nicht selten in furchtbarster Weise. Besonders wenn die Erde in Konjunktion zu Mond und Sonne oder zu anderen Planeten steht und die Flutwelle der See besonders stark ist, dann kämpfen die beiden Fluten unter entsetzlichem Donnergetöse einen furchtbaren Kampf, überstürzen und überbranden sich bis zu 12 Meter Höhe und verschlingen, vernichten, begraben alles, was zwischen ihre gewaltigen Branken gerät. Das ist die Pororoka. Rode sah auf dem rechtsseitigen Gelände des Amazonenstromes zwischen dem Tapayos und dem Xingu, etwa zwei Tagereisen vom Strombette des Flusses entfernt, eine waldbestandene Erdscholle von etwa 5 Hektar Flächenraum bei einer Mächtigkeit von 3—4 Metern, die vom rechten Ufer des Amazonenstromes durch die Pororoka losgerissen und dahin getragen wurde.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit" ist soeben das 17. Heft vom 1. Band des 38. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalte des Heftes heben wir hervor: Valutaelend und planmäßige Wirtschaftsorganisation. Von Heinr. Cunow. — Das Problem der Akkordarbeit. Von Dr. Ludwig Quessel. II. (Schluß.) — Das niedere und mittlere landwirtschaftliche Fachschulwesen in Preußen. Von Dr. Fest. I. — Reform des Medizinalwesens in Preußen. Von Ed. Gräf. — Reichsknappschaftsgesetz und Reichsknappschaftsverein. Von G. Wißmann. — Literarische Rundschau.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 6,50 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 50 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Das Vaterland über die Partei!
Hilf deutsches Land erhalten!
Gib Deine
Grenz-Spende
für die Volksabstimmungen
auf Postscheckkonto Berlin 73776
oder auf Deine Bank!
Deutscher Schutzbund, Berlin NW 52

Im Einvernehmen mit der Betriebsbehörde wird bestimmt, daß Gas bis auf weiteres nur in der Zeit von
6 bis 7½ Uhr morgens
(an Sonntagen 7 bis 8½ Uhr morgens)
11½ bis 1½ Uhr mittags und
5 bis 9½ Uhr abends
entnommen werden darf.
Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft; außerdem wird das Gas ohne weiteres abgestellt.
Lübeck, den 27. Januar 1920. (2025
Das Polizeiamt.

Kräftige Arbeiterinnen gesucht. 2031
Paul Lohrmann
Hundestraße 95.

Gut erhaltener geschlossener Handkastenwagen zu kaufen gesucht.
Johannisstraße 46, r.

Zu Ostern 1920 werden noch einige Lehrlinge für Formerei und Kesselschmiede gesucht. 2022
Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft.

Bekanntmachung,
betreffend
Aufstieg der Begabten.
Eltern, die ihre die 4. Volksschulklasse besuchenden besonders begabten Kinder einer 4. Sonderklasse der Mittelschule zuzuführen wünschen, sowie solche Eltern, die den Wunsch haben, ihre besonders begabten Kinder aus der 4. Mittelschulklasse in eine der höheren Schulen (Johanneum, Oberrealschule zum Dom, Gymnasiumschule) übergehen zu lassen, haben diesbezügliche Anträge bis zum 10. Februar d. Js. bei der Leitung derjenigen Schule einzureichen, in der sich ihre Kinder gegenwärtig befinden.
Lübeck, den 27. Jan. 1920.
Die Oberschulbehörde.

Nach kurzer, schwerer Krankheit entschlief sanft im 65. Lebensjahre am 27. Januar morgens 3½ Uhr, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter
Dorothea Petersen
geb. Rewold.
In tiefer Trauer im Namen der Hinterbliebenen. (2039
Moisling, 27. Januar.
Beerdigung Freitag 30. Jan., nachm. 3 Uhr von Genin.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zu unserer Hochzeit sagen wir herzlichen Dank.
Gustav Bienberg u. Frau
2026) (E 11 e geb. Goll.

Frauen werden eingestellt.
Heinrich Ihde Nfl.
Töpferweg 63. 2023

Kinderwagen (Brennabor) auf Nickel, gut erh., z. verk. 2038) Peterstilienstr. 10/4.

Plüschsofa zu verkaufen. 2032) Sittenstr. 26, I. r.

Pa. Ferkel u. Jungänger zu verkaufen.
Vagt,
2029) Schwart. Allee 127 a.

Ein gut erh. Konfirmanden-Anzug zu kaufen ges. Ang. u. B W an die Exp. (201

Fahrrad mit Freilauf, Rücktritt, ohne od. mit Gummi. Angeb. m. Preis u. R Sch 3 a. d. Exp 203

Flotte saubere Markenanzüge zu verm. 2017
Tünkenhagen 3. III.

Für Herbergen
Fremden-Meldezettel in Block.
Zu beziehen
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Brennspiritus.
Verkauf von Brennspiritus auf Marken
am Donnerstag, dem 29. Januar
von morgens 9 Uhr an
Wahmstraße 69.
Ohne Rückgabe von Spiritus-Flaschen kann kein Spiritus verabfolgt werden. (2041
J. J. Struve
Großvertriebsstelle für Spiritus.

Ia. Pferdefutter
Hafermelassefutter
Eiweißstrohkraftfutter
Haferschrotfutter. 2040
Th. Häveker
Beim Retteich 7/11.

Ad. Hübner, Uhrmach. u. Goldarbeit., Fünfhausen 13. Eig. Reparaturwerkstatt. (2009

Visitenkarten
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der Buchdruckerei
Friedr. Meyer & Co.

Donnerstag morgen frisch eintreffend:
Kabeljau ℔ 1,40 M.
Grüne Heringe ℔ 1,30 M.
Johannes Boy,
Wurstfabrik, Marktstraße 46—47.